

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntag-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitung-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ersteinstufig täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 14. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Was geht vor?

Das Blatt Kanonen-Krupps, des verdienstreichsten Manns des Weltpolitik, erregt sich gornig, daß wir die wachsende Gefahr der deutschen Chinapolitik aufweisen. Es schreibt:

„Von einer „Seemurkbildung in der Bevölkerung“ hat bisher nur der „Vorwärts“ etwas wahrgenommen, die Erklärung der Regierung über „ihre Absichten“ ist in dem bekannten Rundschreiben des Grafen Bälou enthalten, andre Absichten, als wie sie darin geäußert sind, liegen bis jetzt nicht vor und werden auch bis zum Zusammentritt des Reichstags schwerlich Platz greifen. Es ist also einfach Schwundel, wenn der „Vorwärts“ die Gemüter seiner Leser über eine „gröbliche Mißachtung der Rechte der Volkvertretung“ und „Verweigerung jeglicher Auskunft“ aufregt, zumal in einem Augenblick, in welchem die Vorarbeiten für eine Vorlage an den Reichstag längst im Gange sind, was dem „Vorwärts“ nicht unbekannt ist.“

Die Seemurkbildung ob der deutschen Chinapolitik und ob der Mißachtung der Rechte des Reichstags durch die Regierung hat weit über die Kreise der principellen Gegner der Weltpolitik um sich gegriffen. Blätter, deren Regierungsloyalität außer Zweifel, haben gewarnt und protestiert. Die „Berl. Neueste Nachrichten“ stehen fast völlig einsam in ihrem Versuch, die gegenwärtige Situation harmlos auszuweisen.

Das Rundschreiben des Grafen Bälou schien eine gewisse Mäßigung in der deutschen Chinapolitik anzukündigen. Die darin niedergelegten Absichten der Regierung haben aber im Verlauf der letzten beiden Monate eine so weite Ausdehnung erfahren, wie es früher auch die Anhänger der Regierung nicht für möglich hielten. Die Thaten der Regierung, die Petrozierung des Oberkommandierenden, die fortwährenden gewaltigen Truppenentsendungen, die Erschwerung und Hinauszögerung der Friedensverhandlungen mit China — stehen im Widerspruch zum ursprünglichen Sinn des Bälou'schen Programms und über alle diese Vorwände bleibt die Regierung Rechenschaft schuldig. Offizielle Federn erklären, Deutschland nehme in China eine „besondere Stellung“ ein. Abermals tritt das Gerücht auf, daß Vorbereitungen zu noch weiteren Truppentransporten getroffen werden. Aus einem „ostasiatischen Dispositionsfonds“, der ohne Befragung des Reichstags gebildet ist, werden viele Millionen ausgegeben. Die Presse fordert Klärung. Doch die amtlichen Mitteilungen der Regierung beschränken sich auf die Anzeige der Reisetappen, die Graf Waldersee zurückgelegt hat, und ähnliche Belanglosigkeiten.

Dabei nimmt die Situation einen stets bedenklicheren Charakter an.

Die englische Presse entwickelt auffälligen Eifer, die deutsche Nachsicht zu reizen und die deutsche Regierung zur Rolle des ersten Führers im Kampfe gegen China voranzutreiben. Die „Köln. Zig.“, das China-Sprachrohr des Auswärtigen Amtes, giebt aus den „Times“ eine überaus verdächtige Darstellung über den Hergang bei der Belagerung der Gesandtschaften und über die angebliche Schuld der dabei beteiligten amtlichen Persönlichkeiten. In der Darstellung der „Times“, die von ihrem Peking-Verichterstatter Dr. Morrison herrühren soll, ist zu lesen:

„Die Rede, die der deutsche Kaiser an seine Truppen bei ihrer Abreise gehalten hat, ist hier mit Begeisterung gelesen worden. Aber diese Begeisterung wurde beeinträchtigt durch die Kunde, daß der Kaiser nichtsdestoweniger dem chinesischen Gesandten gestattet, an seinem Hofe beglaubigt zu bleiben. Der Kaiser weiß jetzt doch, daß sein Gesandter am 20. Juni ermordet worden ist, und zwar nicht durch räuberische Wegelagerer, sondern durch einen kaiserlichen Offizier, der auf kaiserlichen Befehl handelte. Es ist in der That festgestellt, daß die Kaiserin und der Prinz Tuan mit Vorbedacht geplant hatten, daß an diesem verhängnisvollen Morgen alle fremden Gesandten ohne Ausnahme ermordet werden sollten, was auch kommen möge. Alle interessierten Mächte müssen darauf bestehen, daß die Kaiserin auf immer von dem Thron verbannt wird und daß der Prinz Tuan und die andern verbrecherischen hohen Beamten hingerichtet werden. Tuan ist es gewesen, der die Woge angeführt hat, der die Ermordung der Männer, Frauen und Kinder angeordnet hat und der die verdrähtische Absicht hatte, die in den Gesandtschaften belagerten niederzumachen.“

Diese Darstellung wiewohl auf die „Kölnische Zeitung“ wie eine Offenbarung. Auf uns wirkt sie gleich den englischen Sägen nachrichten über die Niedermordung aller Gesandten, des gesamten Gesandtschaftspersonals in Peking und des in Peking stationierten Truppen- Detachements. Während die englische Regierung mit dem chinesischen Gesandten in London ununterbrochen Verkehr pflegt, mutet der englische Berichterstatter der deutschen Regierung zu, zu allen andern Vorfällen auch die Vorfälle eines formellen Abbruchs der Beziehungen zu der hiesigen chinesischen Gesandtschaft zu sagen. Die Darstellung des Dr. Morrison entspringt dem alten Groll der Engländer über die Russenfreundlichkeit der chinesischen Kaiserin und sie ist nur allzu deutlich zugespitzt auf die in Deutschland hervorgetretenen Absichten, strenges Exempel an den Schuldigen in China zu statuieren. Gegenüber derartigen Ausstellungen privater Personen ist es ungeschwehlich, daß die Reichsregierung in keiner Weise Auskunft erteilt über die wirklichen Vorgänge in Peking, so weit sie dieselbe hat in Erfahrung bringen können. Oder ist der Privatkorrespondent der „Times“ eher in der Lage, die Peking- Ereignisse zu erzählen, als das Personal der deutschen

Gesandtschaft in Peking? Der Dolmetscher Cordes, der Freiherrn v. Ketteler auf seinem letzten Wege begleitete und verwendet wurde, ist er nicht in der Lage, den Telegraph ebenso zu benutzen, wie Herr Dr. Morrison? Aber nicht einmal über die etwaigen Gründe des Ausbleibens amtlicher deutscher Berichte aus China — sofern hieraus das Schweigen der Regierung erklärt werden soll — giebt die Regierung irgendwelche Auskunft.

Dazu dringen andre höchst bemerkenswerte Mitteilungen in die Öffentlichkeit. Eine Berliner Korrespondenz schreibt:

„Die diesjährige Rekruteneinstellung wird an alle in Betracht kommenden Behörden ganz bedeutend erhöhte Anforderungen stellen. Durch die Abgabe zahlreicher aktiver Mannschaften an die China-Truppenverbände sind naturgemäß die Truppenkörper ganz erheblich in der Stärke geschwächt worden. Dieser Mangel an Mannschaften wird durch die Rekruteneinstellung wieder behoben werden, denn durch dieselbe wird der Etat wieder auf seine gewöhnliche Stärke gebracht. Um dies erreichen zu können, wurden im Laufe der letzten Monate nochmals Rekruten nachgezogen, die nun ebenfalls im Oktober zur Einstellung gelangen. Das Exempel ist leicht zu Ihen: Nach der Einstellung der Rekruten haben die Truppen wieder ihre etatsmäßige Stärke, die in China befindlichen Leute sind hinsichtlich der Heeres- Etatsstärke „überzählig“ und bilden somit indirekt eine Deutsche Kolonialarmee. Die sich die Dinge in China weiter entwickeln werden, liegt im Schoße der Zukunft geborgen und ist vor der Hand noch nicht abzusehen. Soviel steht aber schon jetzt fest, daß unsere Truppenmacht in Kiautschou zum Schutze und zur Abwehr etwaiger Einfälle in das deutsche Gebiet ganz bedeutend verstärkt werden wird, wie wir hören, wohl um das Zehnfache. Diese Verstärkung wird aus den jetzt in China im Feld stehenden Truppen entnommen und nach Abgang der Reservisten (nach ihrer kontraktlich festgesetzten Dienstzeit) aus dem stehenden Heer resp. der Marine ersetzt werden. So lautet wenigstens das uns aus bisher guter Quelle mitgeteilte Projekt. Der deutsche Reichstag wird sich demnach noch mit einer sehr heißen Frage zu beschäftigen haben, die ihre Lösung hoffentlich zum Wohle aller findet.“

Fast sämtliche Berliner Abendblätter lassen diese Mitteilung unbeachtet. Wir bezweifeln nach allem, was in den letzten Monaten geschehen ist, ihre Unglaubwürdigkeit, so toll sie lautet.

Durch Reichsgeleitz ist die Präsenz des Heeres festgestellt. Eine Vermehrung des Heeres um die Zahl der nach China entsandten Truppen ohne Einwilligung des Reichstags bedeutet offenen Bruch der Reichsverfassung. Allerdings ist schon jetzt die Armee ohne Befragung des Reichstags vermehrt worden, indem Mannschaften des Verurlaubtenstands, die gesetzlich nur zu kurzereu Übungen herangezogen werden dürfen, für zwei Jahre der Armee eingereicht worden sind. Weder hat der Reichstag diese Erhöhung der Heerespräsenz noch die zur Ausrüstung und Verpflegung der umgesetzlichen Soldaten nötigen Gelder bewilligt.

Bisher hatten wir in Kiautschou etwa 1500 Mann stationiert. Jetzt wird eine Vermehrung bis auf das zehnfache, auf 15 000 Mann vorbereitet. Kiautschou kostete schon bisher dem Reiche erhebliche Summen. Die Reichsausgaben im Etat des Jahres an der Sonne“ für 1900 betragen schon nicht weniger als 9 780 000 M. Davon kommt der größte Anteil auf Hafenbau und Ordnung der kulturellen Verhältnisse von Kiautschou. Die Aufstellung und Erhaltung einer Kolonialarmee würde aber sicherlich nur für militärische Ausgaben einer vielhöheren Etate erfordern. Dabei ist auf Einnahmen oder auf irgendwie entsprechende Hebung des deutschen Handels in China, am allerwenigsten nach dem jetzigen Verhalten Deutschlands in den chinesischen Wären, keine Aussicht.

Zu diesen Folgen der deutschen Chinapolitik kommt endlich die zu erwartende Rückwirkung auf China. Schon jetzt wird einem Berliner Blatt aus Shanghai folgende bezeichnende Meldung übersendet:

„Aus Hanking wird gemeldet, daß der vom Kaiser Wilhelm kundgegebene Entschluß, Vergeltung zu üben, unter den Vicelkönigen der Yangtse- Provinzen große Panik verursacht. Man fürchtet dort Operationen seitens Deutschlands und anderer Mächte gegen die Yangtse-Flottille. Der deutsche Vertreter stellt sich unfreundlich zu den Vicelkönigen, so daß es ihnen geraten erschien, Kriegsvorbereitungen zu treffen. Die chinesischen Kanonenboote werden dementsprechend mit Munition und Lebensmitteln versehen. Täglich treffen große Mengen von Reis ein. Die Garnisonen von Kianghin und von Suich wurden um einige Tausend Mann verstärkt. Der Kaiser von Hanking gab Befehl zur Aushebung von dreitausend Mann; eine gleiche Zahl wird unter den Soltschmugglern rekrutiert, deren Chef zum Kommandeur von dreihundert Kriegsdiszunkten ernannt wurde. Unter den Europäern herrscht die Meinung vor, daß, so lange die Yangtse-Flottille nicht zerstört sind, an Frieden nicht zu denken sei. Das Kriegsschiff „Seeadler“ passierte hier zum Gesicht Hanking.“

Die mittleren und südlichen Provinzen Chinas haben bisher aller Verführung, sich an der Erhebung gegen die Fremden zu beteiligen, widerstanden. Doch nach dem Verhalten der europäischen Mächte und insbesondere Deutschlands wäre es nicht allzu verwunderlich, wenn auch in diesen, für den Handel wichtigsten Gebieten Empörung und Erhebung um sich greifen sollten.

Inmitten solcher Zustände und Aussichten ist es ein läches Unterfangen des Krupp'schen Blatts, die Öffentlichkeit in der Chinafrage zu harmlosen Auffassungen bekehren zu wollen. Die Verdienste des Kanonenkönigs an der Weltpolitik gestalten diese für das deutsche Volk nicht weniger gefährlich und nicht weniger lösspielig.

China.

Aus Shanghai soll der Deutsche Flottenverein in Berlin folgende Nachricht erhalten haben:

Li-Hung-Tschang hat heute morgen nachstehendes Telegramm der russischen Regierung erhalten:

Die russische Regierung stellt folgendes Ultimatum: Der Kaiser von China soll die Regierung wieder selbst übernehmen, soll sernerseits sofort für Verhaftung und Bestrafung des Prinzen Tuan und der übrigen Vorgesetzten Sorge tragen und den Einfluß der Kaiserin auf die Regierung ausschließen. Li-Hung-Tschang hat außer der ersten Bedingung diese Vorschläge als unannehmbar erklärt und seine Abreise von Shanghai nach dem Norden angedeutet.

Diese Nachricht ist sicherlich unrichtig. Die bezeichneten Vorschläge widersprechen durchaus aller bisherigen Chinapolitik Russlands. Ob folgende New Yorker Meldung ebenso unglaubwürdig ist, läßt sich nicht mit Gewißheit beurteilen:

„Einem Telegramm des „New York Journal“ aus Shanghai zufolge stellt Li-Hung-Tschang die Friedensunterhandlungen ein, weil Prinz Tuan dagegen Einspruch erhebt.“

Ergreifung des Mörders?

Nach einer in London eingelaufenen Meldung aus Peking verhafteten die Japaner den Mörder des Gesandten von Ketteler. Er gestand die That und wurde dem deutschen Kommandeur übergeben. Seine Verhaftung erfolgte, als er eine Taschenuhr mit Initialen verkaufte. Er erklärte zuerst, er habe nur die Uehre weggenommen, gestand aber später den Mord, den die kaiserlichen Behörden befohlen hätten. (?)

In Peking.

In Peking scheint der Typhus ausgebrochen zu sein. Dem Deutschen Flottenverein wird aus Shanghai telegraphiert:

In Peking ist Hauptmann v. Rheinbaben, Compaquiere im ersten Seebatalion, am Typhus verstorben. Tokio, 13. September. Aus Taku vom 8. d. M. wird gemeldet: Die Ruhe in Peking ist nun hergestellt. Die gestrichelten Einwohner kehren zurück. Die Fremden beginnen die Stadt zu verlassen, um nach ihrer Heimath zurückzukehren oder zur Wiederherstellung ihrer durch die lange Belagerung geschwächten Gesundheit nach Japan zu reisen.

Gesicht bei Tientsin.

London, 13. September. Aus Tientsin wird gemeldet, daß die Expeditionskolonnen, welche gegen die in der Umgegend der Stadt signalisierten Boxer entsandt wurde, diesen ein Gesicht lieferte, wobei die Boxer 200 Tote hatten. (?)

Abzug der Russen.

Petersburg, 13. September. Die „Kowalew-Bremja“ meldet, daß für die russischen Truppen, welche Peking verlassen, in Tientsin bereits Quartiere besorgt seien. Einige Abteilungen würden nach Taku abmarschieren und dort bleiben, während ein großer Teil nach Port Arthur und Tientsin zurückkehren und daselbst Winterquartiere beziehen werde.

Von den deutschen Truppen.

Der zweite Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders meldet aus Taku den 11.:

Kapitän zur See Wohl ist gefund an Bord S. M. S. „Danfa“ zurückgekehrt. Die Mannschaften sind noch in Tientsin, werden allmählich von dort zurückgezogen. Das Detachement Soden ist in Taku, wird von dort nach Ningtan überführt. Die Leute desselben sind sehr angestrengt, leiden zum Teil auch an Darmkrankheiten.

Für Frau Ketteler, die unter deutschem Geleit in Tientsin eingetroffen ist, hatte ich zur Ueberfahrt nach Japan „Savoia“ bereit.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. September.

Handelspolitik.

Die Leitartikel in der Sonntags- und Dienstag-Nummer des „Vorwärts“ über Handelspolitik haben den leitenden Blättern des Junkertums und der im „Centralverband deutscher Industrieller“ organisierten Hochschulzögler arge Beschwerden verursacht, voran der „Deutschen Tageszeitung“ und den „Berl. Neuesten Nachrichten“. Wie kaum anders zu erwarten, werden die zur Beurteilung der Wirkung der Handelsverträge und der schädlichen Folgen eines deutsch-amerikanischen Zollkriegs beigebrachten statistischen Nachweise einfach ignoriert, — offenkundige und statistisch nachweisbare Thatfachen lassen sich eben nicht gut leugnen. Statt dessen werden einzelne Sätze herausgegriffen, ihnen ein den politischen Werten des betreffenden Blatts entsprechender Sinn untergeschoben und dann gegen sie unter Zuhilfenahme der üblichen patriotischen Phrasen polemisiert. Die alte Feier!

Das Vosslerläste leistet sich die „Deutsche Tageszeitung“, die, wie gewöhnlich, sich auch diesmal wieder redlich bemüht, sich in Bezug auf Einsichtigkeit von keinem ihrer Miststrebenden überbieten zu lassen. Das Blatt des Herrn Deriel bezeichnet einfach unsere Ausführungen über die schädigenden Rückwirkungen, die ein Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten zur Folge haben würde, als Naivität und leistet sich dann folgende, sein nationalökonomisches Verständnis zur Genüge kennzeichnende Widerlegung:

„Die Vereinigten Staaten haben ein gewaltiges Hochschulsystem ausgebildet und durch dieses System ihre Ausfuhr außerordentlich gefördert und uns zugunstenemagen geschädigt. Das

folgt daraus nach den Befehlen der Logik? Daß auch wir unser Schutzollsystem entsprechend ausbilden müssen, um im wirtschaftlichen Kampf bestehen zu können. Statt den Weg dieser Logik zu gehen, empfiehlt der „Vorwärts“ das gerade Gegenteil, nämlich Herabminderung der Zölle. Vor allen Dingen aber warnt er vor jedem Kampfmittel gegenüber den Vereinigten Staaten, d. h. also mit andern Worten: Um einen starken Feind recht nachdrücklich zu bekämpfen, sollen wir uns möglichst entwaffnen und vor jeder Feindseligkeit peinlichst in acht nehmen.“

Eine famose Entdeckung: die Erstarlung der amerikanischen Konkurrenz ist Wirkung des amerikanischen Hochschutzzollsystems, und wollen andre Staaten ähnliche Erfolge erzielen, müssen sie ihr Schutzollsystem ähnlich ausbilden. Bisher hat man allgemein angenommen, daß die steigende Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt eine Folge des Umstands ist, daß sie fast alle Rohprodukte für die Zwecke der Industrie selbst produzieren, während die industriellen Länder Europas sie größtenteils vom Ausland kaufen müssen — Deutschland hat z. B. in den letzten Jahren jährlich für weit über 2 Milliarden Mark Rohstoffe vom Ausland bezogen —, weil die Volksernährung in den Vereinigten Staaten sich billig stellt, ein enormes Kapital für industrielle Anlagen vorhanden ist usw.; die „Deutsche Tageszeitung“ weiß es jedoch besser, nach ihrer Behauptung ist es das amerikanische Hochschutzzollsystem, das jene Konkurrenzfähigkeit bewirkt. Alles, was unter Umständen ein Schutzollsystem vermag, ist, daß es natürliche günstige Entwicklungsbedingungen für eine Industrie schneller zur Entfaltung bringt, und in dieser Richtung hat, wenigstens zum Teil, auch die neuere amerikanische Zollgesetzgebung gewirkt, indem sie den inneren Markt der Ausbeutung der Industriellen preisgab und die Bildung von großen industriellen Ausnutzungsgesellschaften (Trusts) begünstigte. Wie aber, wenn nun jene günstigen Bedingungen nicht vorhanden sind; wenn, wie das in Deutschland der Fall ist, die Rohstoffe zum großen Teil vom Ausland bezogen werden müssen und ebenso die notwendigsten Nahrungsmittel? Was ist dann das Nützlichste, um gegenüber den günstigen amerikanischen Produktionsbedingungen die deutsche Konkurrenzfähigkeit zu erhalten? Jedenfalls nicht, wie die seltsame Logik der „Tageszeitung“ will, eine Erweiterung des Abstands zwischen den amerikanischen und deutschen Produktionsbedingungen dadurch, daß nun dem deutschen Volk durch Hochschutzzölle Nahrungsmittel, Rohstoffe und notwendige Industriefabrikate noch mehr in die Höhe getrieben, also die Volksernährung verschlechtert und die Produktionskosten gesteigert werden. Uebrigens würden sich die Hintermänner der „Deutschen Tageszeitg.“ schön krümmen, wenn der amerikanische Zolltarif auf Deutschland übertragen würde; denn gerade für die Lebensmittel der großen Masse, die das Junkertum so gern erhöhen möchte, kennt der amerikanische Tarif keine oder nur ganz geringe Zölle.

Anders die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Sie finden, daß weil unter den bisherigen Zollsätzen Deutschlands Industrie sich entwickelt und eine Position nach der andern auf dem Weltmarkt erobert hat, nun nicht etwa der Zollschutz ermäßigt werden kann, sondern gerade beibehalten und womöglich noch erhöht werden muß. Warum, weshalb? Nun, weil das nach den „Berl. Neuesten Nachrichten“ „einfach logisch“ ist; sie schreiben kurzweg: „Es wird zugegeben, daß für die Ziele der Socialdemokratie, die planmäßige Regelung der Produktion und die möglichste Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die Entwicklung der Industrie und die Ausdehnung des Außenhandels von größtem Einfluß ist. Zahlenmäßig wird nachgewiesen, in welchem Maße Deutschland zu einem Industriestaat geworden ist. Daraus muß sich für jeden Unbefangenen die Konsequenz ergeben, daß unter Industrie und unser Außenhandel auch weiterhin sorgfältig gepflegt und ihnen ein entsprechender Schutz gewährt werden muß.“

Erst wird der Schutzoll mit der Begründung verlangt, daß die Industrie, da sie noch nicht genügend erstarlt sei, gegen die auswärtige Konkurrenz geschützt werden müsse. Wird dann später erwiesen, daß sie genügend erstarlt und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt geworden ist, heißt es: Die Thatfache, daß bisher der Schutzoll nützlich gewesen sei, beweise, daß er auch ferner angebracht sei und noch erhöht werden müsse. Eine kuriose Logik. Die Thatfache, daß jemand, der schwache Füße hat, es nützlich sein kann, wenn er sich auf Krücken stützt, beweist, daß er auch, wenn seine Füße kräftig geworden sind, sich noch auf Krücken stützen muß.

Am meisten aber hat die hochschutzzöllnerische Presse die Andeutung verdrossen, daß die Socialdemokratie die Führung im Kampf gegen die Hochschutzzoll-Bestrebungen übernehmen könnte. Sie glaubt es wesentlich nur mit der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung zu thun zu haben, und nun ersteht hinter diesen ein weit ernsterer und energischerer Kampf. Das ist fatal, und zwar umso mehr, als der Kampf gegen die Lebensmittelzölle den Reihern der Socialdemokratie voraussichtlich neue Anhänger zuführen wird.

Krügers Flucht.

„Ohm Paul“, der Präsident der südafrikanischen Republik, hat sich auf portugiesisches Gebiet begeben, und die Engländer haben wohl nicht unrecht, wenn sie darin eine Flucht des Präsidenten erblicken. Was sein, daß der alte Mann erkrankt hat, daß es in Transvaal für die Boeren vorläufig nichts mehr zu retten giebt, und daß er sich nicht der englischen Gefangenschaft aussetzen wollte, in der er gewiß keine Jährlichkeiten zu erwarten hätte. Die englischen Blätter schreiben jetzt, daß die Flucht Krügers für England viel bedeutsamer sei als seine Gefangennahme, da hierdurch ernste Verwicklungen abgewendet würden, und erklären, daß dieser wenig dramatische und heldenhafte Abgang Krügers der Krüger-Legende einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen werde.

Lieber wäre es den Engländern jedenfalls gewesen, wenn sie den Mann hätten nach London bringen können, der es so viele Jahre verstanden hat, allen englischen Gelüsten und Komplotten gegenüber den Boerenrepubliken die Selbstständigkeit zu erhalten.

Tritt Krüger wirklich vom Schauplatz ab und ist seine Sache ausgespielt, so hinterläßt er doch einen in der ganzen Welt gedachten politischen Namen. Die starre, reaktionäre Richtung, die seine Regierung in Pretoria kennzeichnet, ist ihm und seinem Volke selbst zum Verhängnis geworden. Aber sein zäher Kampf für die Unabhängigkeit der Boerenrepubliken gegen den übermächtigen Feind sichert ihm doch überall ein ehrendes Gedächtnis.

Die Transvaalregierung giebt übrigens noch keineswegs zu, daß ihre Sache verloren sei. Nach einer amtlichen Bekanntmachung der Transvaalregierung hat Präsident Krüger sechs Monate Urlaub erhalten und reist am 28. September nach Europa ab, um für Herbeiführung einer Intervention zu wirken. Schall Burger soll zum Stellvertreter des Präsidenten Krüger gewählt worden sein.

Im Gefolge des Präsidenten Krüger befindet sich der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Piet Grobler, und der General-Auditor Marais. Letzterer habe alle seine Bücher und seine Beamten mitgebracht. Staatssekretär Reij sei indessen nicht mitgekommen.

Ueber die Ankunft des Präsidenten in Lourenço Marques berichten die „Times“: Der Sonderzug mit dem Präsidenten Krüger fuhr nicht in die Station ein, sondern wurde auf einem Nebengleise in die Nähe des Hauses des niederländischen Konsuls Pott geleitet.

Nach einem Telegramm des „Daily Telegraph“ wird das Haus des Konsuls Pott durch eine besondere Schutzwache portugiesischer Polizei bewacht. Der Gouverneur von Lourenço Marques hat dem Präsidenten Krüger einen Besuch gemacht.

Auch die portugiesische Regierung hat sich mit der Anwesenheit Krügers auf portugiesischem Kolonialgebiet beschäftigt. Auf die Nachricht von der Ankunft des Präsidenten in Lourenço Marques trat der Minister in Bissau zu einer Beratung zusammen über die Behandlung des Präsidenten und sonstige damit zusammenhängende Maßregeln. Es wurden darüber Instruktionen nach Lourenço Marques abgesandt. Diese Instruktionen der portugiesischen Regierung empfehlen dem Generalgouverneur von Mozambique eine höfliche Behandlung des Präsidenten im Einklang mit seinem Alter und seinem feststehenden Range. Gleichzeitig wird Krüger unter den Schutz und die Aufsicht der portugiesischen Behörden gestellt und die Freiheit seiner Verfügungen eingeschränkt. Die englische Regierung ist von der portugiesischen hierüber benachrichtigt worden; sie hat sich noch nicht darauf geäußert.

Was die angeblich beabsichtigte Europareise des Präsidenten betrifft, so laufen über diese Pläne verschiedene Gerüchte um. Nach Meldungen aus Lourenço Marques beabsichtigt Krüger, auf dem deutschen Dampfer „Herzog“ nach Europa zu reisen, um daselbst bei einigen Regierungen zu Gunsten der Boeren zu intervenieren. Auf einen Erfolg in dieser Beziehung ist nach dem bisherigen Verhalten der Mächte nicht zu rechnen. Der südafrikanische Staatssekretär Dr. Leyds telegraphiert an die „Dressener Neuzeit“: Die Gerüchte von einer bevorstehenden Europareise des Präsidenten Krüger sind mir zwar bisher nicht bekannt, ich halte jedoch diese Reise für nicht unmöglich. In Abwesenheit des Präsidenten Krüger müßte ihn hauptsächlich Schall Burger konstitutionell als Vizepräsident vertreten.

Eine andre Radikale kommt aus Amerika. Dort geht das Gerücht, Präsident Krüger habe an die amerikanische Regierung die Anfrage gestellt, welcher Schutz ihm gewährt werden würde, wenn er nach Amerika flüchte.

Vom Krügerschauplatz selbst laufen Nachrichten mit noch sehr spärlich ein. Die neueste Meldung ist, daß Feldmarschall Roberts eine Proklamation erlassen hat, wonach ganz Transvaal unter das Kriegsrecht gestellt wird. Man wird also weiterkämpfende Boeren, sofern sie in britische Kriegsgefangenschaft geraten, nicht mehr als Krieger, sondern als ausländische Rebellen behandeln. Feldmarschall Roberts hat sich am Mittwoch wieder nach dem östlichen Transvaal begeben.

Was den Stand des Kriegs im ganzen betrifft, so ist nicht zu verkennen, daß sich die militärische Lage in der letzten Woche wesentlich zu Ungunsten der Boeren verändert hat. Die Engländer selbst rechneten schon seit der Einnahme von Bergendal, zwischen Vellast und Machadoborg, mit dem baldigen Ende des Kriegs. Denn durch diese Waffenthat war ihnen der Weg nach Lydenburg geöffnet. Buller zögerte nicht, den Vorteil auszunutzen, der sich ihm damit bot, und als erst Jan Hamilton über Duffstroom bis zur linken Flanke der Hauptarmee herangerückt war, konnte auch Lydenburg, wo die Boeren schon seit der Einnahme von Pretoria durch Roberts beschossen hatten, ihren letzten Stand zu nehmen, nicht länger gehalten werden; seit Freitag weht die britische Fahne über dieser Stadt. Seit dem Fall von Lydenburg haben die Boeren ihre Streitkräfte geteilt; eine Abteilung von ihnen wandte sich gegen Norden, die andre, vermutlich stärkere unter Botha östlich nach Epiglop, wosin auch der Regierungssitz von Transvaal verlegt wurde. Buller rückte Botha ohne Anstehen nach, überschritt den Mauchberg, der Lydenburg von Epiglop trennt, ist in Klingpoort eingetroffen und treibt die Boeren vor sich her. So weit reichen die amtlichen Meldungen. Was sich seitdem begeben hat, liegt noch im Dunkeln. Aber vermutlich ist Buller über Klingpoort hinaus vorgezogen und hat die Boeren auch am Epiglop hinausgeworfen, so daß Botha keinen andern Ausweg fand, als sich Buller zu ergeben. Noch kann die Abteilung, die von Lydenburg nach Norden gezogen ist, den Kleinkrieg fortsetzen, aber nach der zu vermutenden Kapitulation Bothas ist davon nicht mehr viel zu erwarten.

„Vertrauliche“ Maßregelungen.

Auf ein sehr praktisches Mittel ist jetzt die Regierung verfallen, um Boeten, die in irgend einem Beamtenverhältnis stehen und dabei oppositionelle Politik treiben, den Standpunkt klar zu machen. Man läßt den Wächter vor, liest eine lange Strafpredigt herunter und läßt ihn dann wieder laufen. Eine Abschrift der vorher zu Papier gebrachten Abkündigung wird dabei nicht gegeben, so daß dem Delinquenten keine Möglichkeit der Beschwerde gegeben ist.

Nach diesem Rezept ist gegen den freisinnigen Landtags-Abgeordneten Dr. Krüger, Direktor der städtischen Elektrizitätswerke und Straßenbahnen in Königsberg, verfahren worden. Seine Erlebnisse schildert dieser in der „Königsb. Hart. Blg.“ selbst folgendermaßen:

„Es ist richtig, daß ich von dem Herrn Regierungspräsidenten v. Balbow ohne Vermittlung meiner direkten dienstvorgesetzten Behörde, des Herrn Oberbürgermeisters Hoffmann, vorgeladen worden bin. In dem Termin am 23. Juli d. J. ist mir eine Ministerialverfügung vorgelesen worden. Auf meine Bemerkung, daß ich diese Ministerialverfügung wohl als eine Disziplinarstrafe aufzufassen hätte, gegen welche mir das Beschwerderecht zustände, erhielt ich den Bescheid, es wäre keine Disziplinarstrafe, das Beschwerderecht stände mir also nicht zu.“

Ich berichtete darauf sofort meiner dienstvorgesetzten Behörde, dem Herrn Oberbürgermeister Hoffmann, den Inhalt der Ministerialverfügung, soweit er mir im Gedächtnis geblieben war, mit der Bitte, den ihm gleichzeitig überreichten motivierten Antrag auf Aufhebung einer Abschrift der Ministerialverfügung dem Herrn Regierungspräsidenten übermitteln zu wollen. Auf diesen meinen Antrag erhielt ich am 9. August von dem königlichen Regierungspräsidenten einen ablehnenden Bescheid, wiederum ohne Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters. In demselben wurde die Ministerialverfügung als eine „vertrauliche“ bezeichnet und mir gleichzeitig überlassen, nach Rückkehr des beurlaubten Herrn Regierungspräsidenten diesen persönlich um eine Unterredung zu ersuchen, falls ich über Inhalt und Bedeutung der mir vertraulich eröffneten Ministerialverfügung mich noch im Zweifel befinden sollte.

Darauf habe ich unter dem 10. August dem Herrn Oberbürgermeister eine schriftliche Bitte um Zustellung einer Abschrift zur Uebersetzung an den Herrn Minister des Innern überreicht. Aber auch der Herr Minister hat es abgelehnt, mir die beantragte Abschrift zu erteilen. Die nächste Instanz für mich bildet nunmehr das Gesamtministerium.

Wenn schon die königliche Regierung es als zulässig erachtet hat, bei dem ganzen Verfahren meine dienstvorgesetzte Behörde nicht in

Anspruch zu nehmen und sich außerhalb des Disziplinalgerechtes mit meinen politischen Verhalten zu beschäftigen, so halte ich mich um so mehr für verpflichtet, ganz streng in den vorgezeichneten Dienstformen mich zu bewegen, als eine Aufhebung der Ministerialverfügung anzufordern mir die Rücksicht auf das Vertrauen gebietet, welches meine Wähler mir entgegengebracht haben. Denn ich habe die Empfindung, daß die mir gemachten Vorhaltungen, wenn sie begründet wären, mir als nicht würdig erscheinen lassen müßten, das Mandat eines preussischen Abgeordneten auszuüben.

Sehr merkwürdig ist gewiß die Form, in der hier vorgehen beliebt wurde. Nicht minder merkwürdig ist aber auch die Sache selbst. Was geht die Regierung die politische Tätigkeit eines städtischen Verwaltungsbeamten an? —

Parolen wird nicht gegeben. Eine neue Lesart der Bremerhavener Kaiserrede vom 26. Juli erfährt man aus einem Privatbriefe eines Soldaten, der bei dem 1. ostpreussischen Infanterie-Regiment steht. In diesem Briefe, der im „Wästgörsdorfer Grenzboten“ veröffentlicht ist, findet sich nämlich folgender Passus:

„Nachdem der Kaiser die Front entlang gegangen war und jedes Bataillon, jede Abteilung oder Schwadron einzeln begrüßt hatte, schloß er in bedeutend Worten die jegige Lage und wies darauf hin, daß dergleichen himmelschreiendes Unrecht in der Weltgeschichte noch nicht verzeichnet wäre, stellte aber auch die Schwierigkeit der Aufgabe, die wir uns gestellt, ins rechte Licht, und betonte, daß wir einen ebenbürtigen Gegner in der Ausrüstung und Ausbildung, in der Anzahl aber einen zehnfach überlegenen Gegner vor uns hätten. Aber, so lauteten ungefähr seine Worte, Ihr werdet und müßt ihn schlagen mit Gottes Hilfe, und zwar so, daß der Chinese in Jahrtausenden noch nicht daran denken soll, die Hand gegen einen Deutschen zu erheben, und sehr erregt und gewaltig wurde seine Stimme bei den Worten: „Auf Veranlassung Eures mir geleisteten Fahnenleides verlange ich, daß Ihr keinen Parolen gebt, Gefangene werden nicht gemacht, denn Ihr sollt die Rache der in jüngster Zeit verübten Greuel sein.“ —

Die neue antisemitische Partei. Nach ihrem etwas unzeitwilligen Abzug vom Kongress der deutsch-sozialen Reformpartei haben Liebermann und sein Anhang sofort eine neue „Partei“ gegründet, die den Namen „Deutsch-soziale Partei“ führen wird. Das Programm bleibt das bisherige. Die Parteileitung besteht aus den drei Abgeordneten v. Liebermann, Raab und Müller-Waldbeck und vier Parteigenossen, die vom Parteitag zu wählen sind.

Der Vorschlag, einen Verein für die Beschaffung von Geldmitteln zu gründen, fand in der Versammlung, die gleich nach dem Abzug vom Zimmermannischen Kongress tagte, Zustimmung. Er wird den Namen „Verein Vorwärts“ tragen. Aufwende zeichneten sich mit einem Jahresbeitrag (mindestens 5 M.) ein, so daß dem Kassenvort 338 M. übergeben wurden.

Zur Reichstagswahl im Kreise Wangleben haben die Mittelparteien den Justizfabrikanten Schmidt aus Westerbüßen als Kandidaten aufgestellt, während die Agrarier vorläufig an der Kandidatur des Kanalmarktreders v. Kose festhalten. Der Kreis ist für unsere Partei sehr auskömmlich. Bei der vorigen Wahl waren unter 15 000 Stimmen 8400 sozialdemokratisch. Bei der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 8870 Stimmen gegen unsere Genossen, für den 6974 Stimmen abgegeben wurden.

„Sehr geheimnisvoll“ schreibt das „Leipziger Tageblatt“: „Eine Broschüre mit dem sensationellen Titel: „Meine Beziehungen zu Kaiser Wilhelm II.“, Aufklärung über den Königsmord in Italien, die Dreifach-Affäre im Lichte der Wahrheit“ von Dr. E. Elisabeth geschriebene Grafin v. Wedel-Verard, Verlag von Casar Schmidt in Jülich, ist auf Veranlassung einer auswärtigen Behörde, da der Inhalt der Schrift gegen § 95 des Reichs-Strafgesetzbuchs (Majestätsbeleidigung) verstoßen soll, hier polizeilich beschlagnahmt worden.“ —

Lohnzahlung am Sonntag. Vom 1. Oktober an ist vorgeschrieben (Gesetz vom 30. Juli 1900, Artikel 11, II.), daß in Fabriken, die zur Errichtung einer Arbeitsordnung verpflichtet sind, die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntag stattfinden darf, doch kann die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen gestatten.

Fürs Handwerk, wo der Umfang der Lohnzahlung des Sonntags wohl am weitesten verbreitet ist, bleibt alles beim alten. —

Die Lentenot in Süddeutschland.

Das württembergische Genossenschaftsamt für die Landwirtschaft hat sich mit den gegen die landwirtschaftliche Lentenot zu ergreifenden Maßregeln beschäftigt. Die Grundzüge der Beratungen bildete eine Eingabe des Ausschusses des ersten landwirtschaftlichen Gewerkschaftsverbandes, der folgendes Ersuchen bei der Regierung beantwortet wissen will: 1. Die Beschäftigung von Arbeitern für Staatsbetriebe während der Entzeit möglichst einzusparen und bei Straßenbauarbeiten, die ausgeführt werden, diese Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. 2. Einen Teil der Mannschaften, die im aktiven Militärdienst stehen, in größerem Maßstab, als bisher geschehen, zu beurlauben. 3. Bei Einziehung von Reservisten und Landwehrleuten zu militärischen Übungen die landwirtschaftlichen Arbeiter möglichst zu berücksichtigen. 4. Die Niederlassung von landwirtschaftlichen Arbeitern durch Genossenschaften und Einstellung entsprechender Mittel in den Etat zu unterstützen.

Diese Punkte entsprechen, wie die „Frankf. Blg.“ mittelst den Forderungen der demokratischen Landwirtschaftspolitiker. —

Die Pest in Europa.

Das neuerdings wiederholt, sogar in England, beobachtete Auftreten der Pest hat dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege Gelegenheit gegeben, sich auf seiner gegenwärtig in Trier tagenden Hauptversammlung mit der Pestfrage zu beschäftigen. Das Hauptreferat über den Gegenstand hatte Prof. Gaffky aus Gießen, der seine Ausführungen in folgende Sätze zusammenfaßte:

„Die Maßregeln zur Bekämpfung der Pest haben durch die Entdeckung des spezifischen Krankheitsgeruchs und durch die Forschungen über sein Verhalten im und außerhalb des menschlichen und tierischen Körpers schon jetzt eine sichere Grundlage erhalten.“

Die zum Schutz gegen das verheerende Ausland erforderlichen Abwehrmaßregeln lassen sich innerhalb des Rahmens durchführen, welcher durch die Bestimmungen der internationalen Sanitätskonvention von Venedig gegeben ist.

Jene Maßregeln werden ihren Zweck um so sicherer erfüllen, je zuverlässiger und je besser vorgebildet die mit ihrer Uebersetzung betrauten Organe sind.

Da die Pest den günstigsten Boden für eine epidemische Verbreitung in dicht gebauten, überfüllten und unzureichenden Wohnquartieren findet, so ist auf die Sanierung solcher Quartiere schon in seuchensicheren Zeiten großes Gewicht zu legen.

Je früher die stattgehabte Einschleppung der Pest an einem Ort bakteriologisch festgestellt wird, um so sicherer wird es gelingen, die Epidemie im Keim zu ersticken.

Wenn bei drohender Pestgefahr ein auffallendes Sterben unter den Ratten bemerkt wird, so ist alsbald eine bakteriologische Untersuchung der Kadaver zu veranlassen.

Gruppenweise vorzunehmenden Untersuchungen ist in Pestzeiten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Beim Auftreten der Pest innerhalb des Deutschen Reichs bieten die in dem sogenannten Reichslande-Gesetz enthaltenen Bestimmungen über die Anzeigepflicht, die Ermittlung der Krankheit, die Schutzmaßregeln zc. ausreichende Handhaben zur Bekämpfung der Seuche.

Anzustreben bleibt der Erlaß eines die obligatorische ärztliche...
Die guten Erfolge der Schutzimpfung mit abgeköteten...
Aus Essen wird uns geschrieben:

Opfer der Industrie.

Ein bedeutendes Steigen der Unfallziffern, das ist die Bilanz...
Es ereigneten sich Unfälle

Berufs- genossenschaft	Versicherte Personen	ins- gesamt	pro 1000 Verf.	entschädi- gungspflicht. überhaupt	pro 1000 Verf.
Bergbau u. G. Rheinisch-Westf.	521 352	52 357	100,5	6807	12,10
Hütten- u. Walz- werks-B.G.	129 966	23 351	180,0	1564	12,00

Während die Metallarbeiter bezüglich der entschädigungs-
pflichtigen Unfälle nur um einen kleinen Bruchteil (0,1 Proz.) hinter
den Bergarbeitern zurückbleiben, sind sie jenen mit den Unfällen
überhaupt um 80 Proz. voraus.

Die Zunahme der entschädigungspflichtigen Unfälle in den der
Rheinisch-Westf. Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft zu-
gehörenden Betrieben ist aus folgender Zusammenstellung zu
ersehen:

Jahr	Unfälle		
	ins- gesamt	pro 1000 Verf.	Tod
1895	883	9,5	87
1896	1050	10,0	103
1897	1127	10,2	88
1898	1292	10,8	117
1899	1564	12,0	142

Also ein fortgesetztes Steigen der Unfallziffern. Von den pro
1899 entschädigten Unfallschicksalen mußten 19 anerkannt
werden wegen dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit, 975 wegen
dauernder teilweiser und 423 wegen vorübergehender Erwerbs-
unfähigkeit.

Woher nun die Steigerung der Unfälle? Im Bericht heißt es:
„Nicht nur Einstellung neuer ungeübter Arbeiter ist Ursache der vielen
Unfälle, sondern auch das viele Laufen von einem Werke
zum andern.“

Daß die rücksichtslose Antreiberei, durch welche die vielen Unfälle
gezeitigt werden, die Ursache der Verbesserungsvorschläge sind, scheint
der Verfasser nicht zu wissen. Wo die wirklichen Ursachen der massen-
haften Unfälle zu suchen sind, hat der Ingenieur Herr Müller im
Bezirksverein deutscher Ingenieure Hannover ausgeführt. Er be-
merkte unter anderem folgendes:

„Viele Betriebsunfälle sind nicht auf mangelhafte Schutz-
vorrichtungen oder ungenügende Aufsicht seitens der Betriebsleiter,
sondern auf das Accordsystem (!) zurückzuführen, das sich freilich
bei heutiger Arbeitsweise schwer ändern lassen wird. Dieses
System aber bringt es mit sich, daß die Maschinen trotz aller
Verbote und Strafen während des Ganges gereinigt werden —
um möglichst viel Ware schaffen zu können!“

Daß die Arbeiter aber nicht aus wahrnehmbarer Lust ihr Leben
aufs Spiel setzen, aus Vergnügen möglichst viel Produkte schaffen
wollen, wird auch dem Vdschreiber einleuchten. Das rücksichtslose
Schaffen geschieht nur, weil die Accordpreise immer mehr herunter-
gesetzt werden und der Arbeiter jede Minute zur Erzeugung von
Ware ausnützen muß.

Daß sich die Meister vielfach gar nicht um die Beachtung der
Unfallverhütungsvorschriften kümmern, giebt übrigens der Be-
auftragte der Genossenschaften offen zu. Er schreibt:

„Sehr zu bedauern ist, daß Obermeister noch nicht diejenige
Aufmerksamkeit obwalten lassen, zu welcher sie durch ihre Stellung
verpflichtet sind. Des öfteren war ich in der Lage,
festzustellen, daß Arbeitnehmer unter den
Augen ihrer vorgesetzten Meister nicht diejenigen
Schutzmittel benutzt halten, welche ihnen zur Verfügung gestellt
waren. Die Obermeister sind in ihrem engeren Ueberwachungs-
bezirk in erster Linie berufen, auf Instandhaltung und Benutzung
der Schutzvorrichtungen zu achten und können dies auch un-
beschadet ihrer sonstigen Amtspflichten thun. Nur 10 Minuten
jeden Tag der Aufgabe gewidmet, dürfte genügen, um die
Schutzvorrichtungen in Ordnung zu halten.“

Die Obermeister werden den Rat nicht befolgen, weil dessen Be-
folgung sie vielfach hindern würde, die Accordpreise herabzusetzen.
Eine gründliche Untersuchung müßte aber auch die Thatsache ans
Tagelicht bringen, daß in sehr vielen Fällen die Schutzvorrichtungen
auch recht mangelhaft sind — oder gar vollständig fehlen.

Das Rot thut, ist eine Verbesserung und strenge Durchführung
der Fabrikinspektion. Vor allen Dingen ist eine Regulierung des
Verhältnisses zwischen den Beamten der Genossenschaften und den
staatlichen Aufsichtsbeamten erforderlich. Die jetzigen Zustände sind
einfach auf die Dauer unhaltbar. Es ist, wie in dem Unternehmer-
organ „Stahl und Eisen“ Nr. 17 vom 1. September 1900 gesagt
wird, öfter vorgekommen, daß jeder der beiden Beamten-
kategorien besondere Vorschriften erließ und daß sich die Vor-
schriften widersprachen (!). Wie kann von einer ordentlichen
Aufsicht die Rede sein, wenn die von verschiedenen Organen ein-
gesetzten Aufsichtsbeamten bezüglich der Unfallverhütungs-Maßnahmen
gegenwärtig keine Meinung sind — und wenn die Kompetenzfrage nicht
grundsätzlich entschieden wird? Daß die Genossenschaften für ihre Beamten
das Zuständigkeitsrecht wünschen, ist aus dem Grunde erfindlich, weil
diese Beamten bei eventuellen Vorschriften, den Sparmaßnah-
menstandpunkt nicht verlassen werden, während sich die staatlichen
Aufsichtsbeamten von allen solchen Rücksichten lösen können.

Durch die Novelle zum Unfallgesetz ist in dieser Beziehung ein
Zustand geschaffen, der als glückliche Lösung nicht bezeichnet werden
kann. Die bezügliche Vorschrift besagt, daß Beamte der Genossen-
schaft, wenn sie von Vorschriften der staatlichen
Beamten Kenntnis erhalten, keine abweichende An-
ordnungen treffen dürfen. Auf ihre Beschwerde kann dagegen der
Genossenschaftsvorstand bei der vorgesetzten Behörde der staatlichen
Beamten gegen die betreffenden Vorschriften protestieren. Andererseits
kann der staatliche Beamte, wenn er Anordnungen des
Genossenschaftsbeamten für nicht zweckdienlich hält, dem Vorstand
der Genossenschaft davon — Mitteilung machen. — Mit-
teilung machen, klingt das nicht wie Hohn?

Das ist gewiß keine glückliche Lösung der Kompetenzfrage.
Lediglich ist jetzt ein Zustand geschaffen, der, wenn die staatlichen
Beamten sich nicht den Wünschen der Unternehmer sehr anpassungs-
fähig zeigen, der gegenseitigen Gütigkeit Thür und Thor öffnet. Die

Folge wird wohl sein, daß sich die Beamten möglicher Diät bei
Erlaß von Vorschriften befleißigen. Den Schaden trägt der Arbeiter.
Eine Besserung ist erst zu erwarten, wenn die Fabrikinspektion
noch denselben Grundfragen ausgestellt wird, wie es die Verg-
arbeiter schon seit Jahren in Bezug auf die Verginspektion fordern.
Staatliche Aufsichtsbeamte aus der Kategorie der Ingenieure,
assistiert durch aus den Reihen der praktisch erfahrenen Arbeiter
entnommene Controlleure. Von diesem Apparat sind die Vor-
schriften zu erlassen. Den Beamten der Genossenschaften steht nur
das Recht der Deaconsichtigung zu.

Ausland.

Amerikanische Weltpolitik.

In einem der „Pol. Korresp.“ aus London zugehenden Bericht
über die Lage auf den Philippinen wird angeführt, daß der
Krieg daselbst, der nun bereits beinahe zwei Jahre dauert, das Auf-
bleiben einer Okkupationsarmee von 65 000 Mann notwendig gemacht
und schon mehr als 4000 amerikanischen Soldaten das Leben
gekostet hat. Trotzdem können die Amerikaner bis zur
Stunde nur Manila und das angrenzende Gebiet besetzt
halten. Die Insurgenten occupieren den übrigen Teil des
Archipels, setzen den Guerillakrieg gegen die Amerikaner fort und
wagten sich bis auf drei Meilen von Manila vor. Allerdings halten
die amerikanischen Soldaten außer Manila noch einige Städte an
der Küste und im Innern besetzt, aber ihre Vorposten sind nirgends
sicher und werden täglich von den Insurgenten angegriffen. Dabei
bleibt es keine eigentliche philippinische Armee; es bestehen nur einzelne
Banden, welche sich in den Dschungeln verborgen halten, um gelegent-
lich isolierte Truppenabteilungen anzugreifen, und sich nach jedem
Ueberfall zerstreuen, um sich später wieder zu sammeln. Der größte
Teil der einflussreichen und wohlhabenden Bevölkerung der Philippi-
nen ist im geheimen Einverständnis mit den In-
surgenten; Aguinaldo ist in seinen Bewegungen vollständig frei
und betreibt überall die Insurrektion. Die amerikanischen Soldaten
müssen die größten Entbehrungen erdulden und leiden sehr an
tropischem Fieber. Viele militärische Sachverständige
halten die Eroberung der Philippinen überhaupt für unmöglich.

Schweiz.

Bern, 11. Sept. (Fig. Ver.) Der Abschluß des von Belgien
der Schweiz vorgeschlagenen Vertrags, betreffend
die „Audiierung flüchtiger junger Leute“, ist nun
eine vollkommene Thatsache. Die neueste Nummer des „Schweizer
Bundesblattes“ enthält ein Kreis Schreiben des Bundesrats an sämt-
liche Kantonsregierungen, welches folgendermaßen lautet: „Ge-
treue liebe Eidgenossen! Nachdem Sie sich auf unser Kreis Schreiben
vom 31. Juli mit unserem Vorschlag ausdrücklich oder stillschweigend
einverstanden erklärt und Belgien die Gegenseitigkeit zugesichert haben,
so haben wir das von der belgischen Regierung vorgeschlagene Ver-
fahren über gegenseitige Audiierung minderjähriger, welche
die Behörden der Heimat wegen eines Vergehens in eine Besserungs-
anstalt unterzubringen beschlossen haben und die nach dem andern
Landes entflohen sind, im Namen der ganzen Schweiz angenommen
und die zukünftige Beobachtung dieser im allgemeinen Interesse
liegenden Vereinbarung seitens der Kantone zugesichert. Wir be-
nutzen diesen Anlaß, um Sie getreue, liebe Eidgenossen, samt uns
in Gottes Namen zu empfehlen.“ — Und fast gleichzeitig meldet
die bürgerliche Presse, daß Sipido, der belgische „Attentäter“, nun
doch in der Schweiz sei und von der Polizei gesucht werde.
Es wird vor allem Sorge der sozialdemokratischen Presse der Schweiz
sein, darüber zu wachen, daß der neue schweizerisch-belgische Aus-
lieferungsvortrag nicht zu einem Neud politischer Reaktion werde.

Die Anhänger der gesetzlichen Regelung der Krankenver-
sicherung sehen im Begriff, für ihr Ziel eine neue lebhaft
Agitation in Fluß zu bringen. Am Sonntag fand in Zürich eine
Versammlung von Vertretern sozialdemokratischer Krankenkassen statt,
die nach längerem mehrstündigen Verhandlungen einstimmig eine
Resolution annahm und in derselben erklärte, daß sie mit
aller Energie für die Neuerschaffung eines eidgenössischen
Krankenversicherungsgesetzes eintritt und hofft, die bereits
vorhandenen Bundesgelder werden ihrem Zweck nicht bloß erhalten,
sondern noch vermehrt werden. Es soll ferner eine große Ver-
sammlung von Delegierten der Krankenkassen aller Kantone ein-
berufen werden.

Frankreich.

Anarchistischer Putschmörder. Paris, 13. September.
Dem „Matin“ zufolge überließ gestern ein italienischer Anarchist
dem Direktor des geistlichen Waisenhauses in Douvaine (Haute-
Savoie) und verleihte ihn tödlich durch einen Messerstich. Der
Thäter wurde verhaftet. Man fand bei ihm Silber des Kaisers von
Österreich und des Präsidenten Loubet.

Italien.

Der neue König von Italien will, wie bürgerliche Blätter
melden, auf einen Teil seiner Civilliste verzichten, um eine
Herabsetzung der Salzsteuer, einer der drückendsten und ver-
hättesten Abgaben, zu ermöglichen. In dem Voranschlag für
1899/1900 war das Erträgnis des Salzmonopols mit 74 Millionen
Lire veranschlagt, dabei stellt sich der Verkaufspreis für ein Kilo-
gramm Kochsalz, das in Preußen 20 Pf. kostet, auf
48 Pf. Bei diesem Preise sind die ärmeren Volksschichten ge-
zwungen, auf den Gebrauch von Kochsalz zu verzichten und sich mit
dem billigeren Viehsalz zu begnügen, aber es giebt viele
Tausende von Haushaltungen, die nicht einmal Viehsalz erschwingen
können und ihr armseliges bißchen Essen, fast Tag für Tag Polenta,
überhaupt ungeschlagen lassen müssen; eine Folge davon ist das Ueber-
handnehmen der Pellagra, einer aussetzartigen Krankheit, die zu
den schlimmsten Plagen des italienischen Volks gehört. Wie ver-
lautet, soll die geplante Herabsetzung der Salzsteuer deren Erträgnis
um 4 Millionen Lire verringern.

Partei-Nachrichten.

Als hervorragender Vertrauensmann der Polen wird in
der „Kreuzzeitung“ unser Parteigenosse Haase, Abgeordneter für
Königsberg, genannt. Es giebt das im Anschluß an den Bericht
einer Versammlung der polnischen Genossen in Berlin, wo der in
der polnischen sozialdemokratischen Bewegung gut bekannte Genosse
Georg Haase an dem Studischen Schülerlag eine herbe Kritik
übte und in ebenso energischer Weise in Polen, in einer Ver-
sammlung der Gegner, wenn auch vergeblich, versuchte, seinen
Standpunkt zu vertreten. Die „Kreuzzeitung“ und mit ihr
andere bürgerliche Blätter verwechseln unsern Parteigenossen Georg
Haase mit dem Abgeordneten für Königsberg. Obwohl die Sache
an sich nicht von Bedeutung ist, möchten wir, soweit an uns liegt,
es doch vermeiden, daß der Jörn der Studischen Preßwelt sich gegen
einen Unbeteiligten richtet. Daß im übrigen von derselben Seite
zugegeben wird, daß der Studische Erlaß der Sprachverordnung für
die Sozialdemokratie ein treffliches Agitationsmittel geworden ist,
freut uns. Wir sind unsern Gegnern für jede zur Agitation gebotene
Gelegenheit dankbar.

Zur Landtagswahl-Beteiligung nehmen die Parteigenossen
Sachens fast überall Stellung, um noch vor der endgültigen Ent-
scheidung auf dem Parteitag ihre Haltung in dieser Frage zu prä-
zisieren. Eine Anzahl solcher Entschlüsse haben wir bereits mit-
geteilt. Am die Meldungen zu vervollständigen, teilen wir noch mit,
daß die Genossen des II. sächsischen Reichstags-Wahlkreises sich in
einer Parteiversammlung gegen Wahlbeteiligung aussprachen und
die des IX. Kreises sich am Sonntag schlüssig machten. In letzterer
nahm man gegen wenige Stimmen eine Resolution für die Wahl-
beteiligung an.

Auf einer Agitationstour waren den Elberfelder Parteigenossen
in Langenberg eine Anzahl Agitationschriften beschlagnahmt
worden. Auf eine Beschwerde über die ungesetzliche Handlung lief

die Antwort ein, man wolle erst den Verlauf des Prozesses ab-
warten. Dem ist man nun ein gut Stück näher gekommen, denn
am Dienstag erfolgte die Freisprechung der sechs angeklagten Uebel-
thäter, die angeblich während der Reichzeit Flugchriften verbreitet
haben sollen. Wird nun die Rechtsbelehrung für die Polizeibeamten
eintreten?

Der schweizerische Grünlverein hält am 6. und 7. Oktober
in Basel seine diesjährige Delegiertenversammlung ab. Auf der
Tagesordnung stehen außer den rein geschäftlichen Angelegenheiten
noch die Doppelinitiative und Beratung der weiteren Schritte in
Sachen der Kranken- und Unfallversicherung.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Eine Versammlung der Ausgesperrten in Berlin fand am
Donnerstagsvormittag im „Gewerkschaftshaus“ statt. Der große Saal
war vollständig gefüllt. Seitens des Referenten wurde die Situation
als unverändert bezeichnet. Zu Besorgnissen hätten die Arbeiter
nicht die mindeste Ursache. Selbst wenn die Zahl der Aus-
ständigen sich noch vermehren sollte, so würden die Mittel des
Verbands noch längere Zeit ausreichen, um die Kollegen
und Kolleginnen genügend zu unterstützen. Vorläufig sei festgelegt,
daß die Arbeiterinnen 7,50 M., die ledigen Arbeiter 10,50 M., die
Verheirateten 13,50 M. und für jedes Kind 1 M. pro Woche er-
halten. Wenn sich in nächster Woche die Zahl der Ausständigen
nicht erheblich vermehrt, dann würden die Unterstützungssätze noch
erhöht werden. Fast alle Redner bekundeten übereinstimmend, daß
die Polizei in dem gegenwärtigen Lohnkampf mit ungewöhnlicher
Strenge darüber wacht, daß keiner der Ausgesperrten sich in der Nähe der
Werkstätten sehen läßt. Es wurde mitgeteilt, daß eine Arbeiterin,
die aus Anlaß der Lohnbewegung verhaftet worden ist, sogar
mit dem grünen Wagen von der Polizeiwache nach dem Gräbium
transportiert wurde. Mit wie eingebendem Interesse die Polizei
die Ausständigen zu überwachen bemüht ist, beweist der Umstand,
daß sich in der Versammlung einige Polizeibeamte in Zivil ein-
gefunden hatten, die jedoch, nachdem sie als solche erkannt worden waren,
sicherhand hinausgewiesen wurden. Ein Redner teilte mit, er sei, als er den
Durchgang von der Wesselsallee nach der Friedrichstraße (Handels-
straße) betreten wollte, ohne weiteres von einem Schutz-
mann aufgefordert worden, sich zu entfernen, und schließlich auch
festgenommen. Auf Befragen habe der Schutzmann gesagt: „Wir
sind angewiesen, jede Person, die uns als Buchbinder verdächtig er-
scheint, zu fragen, ob sie Buchbinder sind, und wenn dies der Fall
ist, sie anzufordern, diesen Durchgang nicht zu passieren. Rechn-
liche Fälle von polizeilichen Sittierungen und Maßnahmen
gegen Ausständigen wurden in großer Zahl angeführt. Weiter wurde
berichtet, daß bereits verschiedene Berliner Buchbindervereine die
Forderungen bewilligt haben, ebenso eine Leipziger Firma, die
500 Personen beschäftigt, sowie die Verlagsanstalt „Union“ in
Stuttgart.

Nach Schluß der regen Diskussion, die von dem zuverlässigen
Geist der Ausgesperrten zeugte, wurde folgende Resolution an-
genommen:

Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die
Maßnahmen der Polizei und beauftragt die Lohnkommission, das
Material zusammenzustellen, es der Öffentlichkeit zu unterbreiten,
und auch den Vertretern der Arbeiterchaft im Reichstage zuzu-
stellen. — Die Versammlung ist trotz aller Machinationen fest
entschlossen, an ihren gerechten Forderungen festzuhalten und die
Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis unsere Forderungen be-
willigt sind.

Die Leipziger Buchdruckermeister geben sich sehr
viel Mühe, in allen größeren Städten durch Inserate Erfragkräfte
für die Ausgesperrten anzuwerben. Es werden deshalb die Gewerks-
schaften gebeten, auf diese Manipulation acht zu geben. In Leipzig
haben die Firmen Klinkhardt mit etwa 120 Gehilfen und 100 Mädchen,
das Bibliographische Institut mit etwa 180 Arbeitern, Breitkopf und
Härtel mit etwa 50 Arbeitern, Frankestein u. Wagner mit etwa
40 Arbeitern, sowie einige kleinere Betriebe die Forderungen der
Arbeiter bewilligt.

In Stuttgart hat die Bewegung eine sehr erfreuliche
Wendung genommen, indem die bei der Firma Koch am Montag
noch thätigen Presser sich ihren Kollegen angeschlossen haben. Sie
haben eingesehen, daß sie, ohne Dank zu ernten, ihre eigenen
Interessen schädigen würden, wenn sie sich den Bestrebungen der Ge-
samtheit entgegenstellen würden.

Berlin und Umgebung.

Der Streik der Militäreflekten-Sattler wird am Sonnabend
vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Verhandlung ge-
langen. Auf Anregung des Gewerbegerichts-Beisitzenden Alwin
Körten haben sich sowohl die Arbeitgeber wie auch die Arbeit-
nehmer bereit erklärt, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen. Vor
Beginn des Streiks hatten sich bekanntlich die Arbeitnehmer auf An-
regung des Herrn von Schulz zur Annahme des Einigungsamts
bereit erklärt, während die Arbeitnehmer dieses ablehnten; nunmehr
haben nach fünfwöchentlichem Streik die Arbeitgeber ihren ab-
schließenden Standpunkt angegeben.

In Friedrichshagen waren auf dem Neubau der Branerei
„Mittelhagen“ Lohnkämpfer ausgebrochen, die durch das
entschiedene Eingreifen der Hilfsarbeiter, welche sich weigerten, mit
den Accordarbeitern und junge Mädchen zusammenzuarbeiten, zu
einem gedeihlichen Abschluß geführt wurden. Das muß wohl der
Branerei sehr unangenehm gewesen sein, denn sie bedeutete dem Obmann
der Bau- und Erdarbeiter, der auf dem Grundstück der Branerei
wohnte, daß er ziehen müsse. Die Leitung der Branerei hatte sich
hier in eine Angelegenheit gemischt, die sie gar nichts anging. Ihr
Verhalten ist um so sonderbarer, als sie dem betreffenden Arbeiter
verbot, das Grundstück zu betreten. Am Freitag werden sich die Ar-
beiter mit der Angelegenheit in einer Versammlung, die in der
Sängerhalle, Friedrichstr. 61, stattfindet, weiter beschäftigen.

Deutsches Reich.

In Unternehmernausf. Infolge der Aussperrung der Hamburger
Werkarbeiter ist natürlich alles, was im Dienste des Unternehmern-
tums steht, in fieberhafter Thätigkeit, Streikbrecher angeworben.
Von einem Arbeiter wird uns ein Brief zugestellt, der auf eine An-
frage nach Arbeit bei der Firma Wlohm u. Vogt die folgende Ant-
wort enthält:

Auf Ihr an die Firma Wlohm u. Vogt gerichtetes Schreiben vom
31. v. M. teile ich Ihnen mit, daß Sie sofort Arbeit erhalten können.
Mache Sie aber aufmerksam, daß hier gestreift wird. Es ist jedoch
Vorfrage getroffen, daß die Arbeitenden nicht belästigt werden, und
werden dieselben auf den Werken einquartiert und erhalten
während der Streikzeit außer Lohn freie Wohnung und Ver-
pfllegung. Wollen Sie jedoch eigene Wohnung nehmen, so erhalten
Sie während des Streiks eine Gratifikation von wöchentlich 6 M.
Wollen Sie unter diesen Umständen hier arbeiten, so müssen Sie
sich unter Vorlage eines Legitimationspapiers und legten Ent-
lassungsscheins hier melden. Teilen Sie uns mit, wann Sie hier
eintreffen, damit ich Sie vom Bahnhof abholen lassen kann.
Verband der Eisenindustrie Hamburgs.

Der Sekretär. (Name unleserlich.)

Die Antwort ist nicht uninteressant. Die Herren Werkdirektoren
gewähren für Streikbrecher so hohe Vergünstigungen, daß die ge-
forderte winzige Lohnherabsetzung der Arbeiter zusehnd drausgeht für die
angeworbenen Leute. Es ist mir ein wenig hochmütiger Unternehmern-
dümel, der die Konflikte mit den Arbeitern hervorgerufen hat. Ueber-
raschend ist dagegen die Offenheit, mit der den Arbeitenden mitgeteilt
wird, daß auf der Werk die übrigen Arbeiter streiken. Wahrscheinlich sind
den Herren schon zuviel „ehrbare“ Arbeiter fortgelassen und halten sie
es nun für besser, offen die Situation den Arbeitenden darzu-
legen. Wenn aber trotzdem noch Arbeiter nach Hamburg geschleppt
werden, dann kann man sich ein Bild machen, was das für Kräfte
sein müssen. Geht aber der Streik eines Tags doch zu Ende, dann

Wird den Schülern des Kapitals die gewährte Vergünstigung entzogen werden und mancher von Kapitalgebern den gnädigen Fußtritt bekommen, der ihm gebührt.

Der Streit der Düsseldorf Dachdecker hat mit einem beachtenswerten Erfolg der Streikenden sein Ende erreicht. Die Herren Meister wollten von keinerlei Verhandlungen mit den Gehilfen wissen, bis endlich auf Vorstellung der letzteren bei der Regierung gestern abend doch in eine Verhandlung seitens der Meister eingewilligt wurde. Da kam es denn auch glücklich zu einer Einigung. Den Gehilfen wurden bei zehn Stunden Arbeit 50-55 Pf. Stundenlohn, für Zurmarbeit 80 Pf. Stundenlohn sowie noch sonstige Zugeständnisse bewilligt. Die hiesige Dachdeckerorganisation, eine noch sehr junge Vereinigung, in welcher freilich die Mehrzahl der Düsseldorf Schilfen organisiert ist, kann auf das Ergebnis dieses Streiks stolz sein.

Aus New York wird berichtet: Die Vereinigten Grubenarbeiter haben für das Anthracit-Kohlengebiet den Ausstand erklärt, der am 17. September beginnen soll. Die Gesamtzahl der Arbeiter in dem Gebiet, in welchem der Ausstand beschlossen worden ist, beträgt 142 420.

Sociales.

Arbeiterlöhne und Kohlenpreise. Aus dem Rosky-Revier schreibt man der „Leipz. Volksztg.“: Für die dem Durchschnittswerten im Rosky-Revier Braunkohlengruben, die sich seitler mit 10-18 Proz. Dividende begnügen müßten, ist eine bessere Zeit angebrochen, so verteilt die Grube Vereinsglück für Stammsaktion 19 für Prioritätsaktien 24 Proz. Dividende. Dabei ist noch nicht abzusehen, wann die Steigerung der Kohlenpreise ein Ende finden wird. Die Kohlenwerke werden von den Händlern förmlich bestürmt, ihnen Kohlen zu liefern, weil sie eben, abgesehen von der höheren Fracht, anderwärts auch nicht billiger zu haben sind. Es ist nun interessant, einmal zu sehen, in welcher Weise die Arbeiterlöhne, worauf man sich stets beruft, gestiegen sind. Nach dem Ausweis der Schnapptafel für dieses Revier betragen die durchschnittlichen Tagelöhne in den Jahren 1892: 2,45 M., 1893: 2,57 M., 1894: 2,60 M., 1895: 2,60 M., 1896: 2,75 M., 1897: 2,60 M., 1898: 2,78 M., 1899: 2,81 M. Weil die enorme Steigerung der Kohlenpreise erst von diesem Jahre, seit dem letzten Vergarbeiterstreik datiert, können nur die in den Jahren 1898 und 1899 gezahlten Arbeiterlöhne in Vergleich gestellt werden, weil die aus letzterem Jahre auch noch in Kraft sind. Demnach bezifferte sich die Lohnsteigerung auf etwas mehr als 1 Proz., während die Kohlenpreise um 25-30 Proz. gestiegen sind. Dabei haben während des letzten Streiks die Grubenverwaltungen dem vermittelnd eingetretenen Vergarbeitsrat erklärt, daß die Gewährung der geforderten minimalen Lohnerhöhung einzelne Werke zwingen würde, den Betrieb einzustellen. Und damit diese Eventualität nicht eintrete, haben auch die sehr gut prosperierenden Werke nichts bewilligt. Um die oben angeführten Durchschnittslöhne zu erzielen, mußten aber reichlich Ueberstunden gefahren werden; erst dies in Betracht gezogen, ist zu erkennen, wie erbärmlich die Vergarbeiter entlohnt werden. Die Grubenverwaltungen sind natürlich immer bestrebt, möglichst billige Arbeitskräfte zu erhalten, weshalb der Import von Arbeitskräften, namentlich aus den polnischen Gebieten, in höchster Blüte steht. Es giebt Dörfer, in denen man Sonntag in den Wirtschaften mehr polnisch als deutsch reden hört! Der Betrag der Dividende stellt natürlich noch lange nicht den Reingewinn dar, hier in Frage kommenden Grube „Vereinsglück“ dar, denn wie der Bericht des Aufsichtsrats selbst besagt, sind ganz beträchtliche Abschreibungen vorgenommen worden, wozu dann noch die hohen Lantien am Ansehndrat und Grubenbeamte kommen. Man ersieht daraus, daß der Kohlenwucher, wie er richtigerweise wohl noch nie getrieben wurde, ein Geschäft ist, das seinen Stamm nährt.

Im Zeichen des Ausgleichs der sozialen Gegensätze scheint eine Maßregel nicht zu stehen, welche der Landrat des Niederbarnimer Kreises getroffen hat. Bei den Erdarbeiten an dem Chausseebau Bruchmühle-Eggerödors (Bahnhof Stralsberg) waren auch 18 Arbeiter aus Alt-Landsberg beschäftigt. Am Mittwoch voriger Woche wurde diesen Alt-Landsberger Arbeitern durch den Schachmeister eröffnet, daß sie auf Anordnung des Landratsamts sofort zu entlassen seien. Alt-Landsberger Arbeiter dürften bei dem Chausseebau nicht mehr beschäftigt werden; wenn sie Arbeit haben wollten, sollten sie zum Amtsrat Schrader (in Alt-Landsberg) gehen. (Diesem waren nämlich die Arbeiter wegen ungenügender Beschäftigung und Entlohnung davongelaufen.) Die entlassenen Arbeiter folgten dieser landräthlichen Anweisung, Amtsrat Schrader hatte aber nur für einen Teil derselben Beschäftigung und diese war so wenig lohnend, daß die Bewerber darauf verzichteten.

Es ist ganz unverständlich, welche Befugnis der Landrat in Niederbarnim hat, über die Beschäftigung der Arbeiter am Chausseebau in der Art zu verfügen. Gehört es etwa zu den Aufgaben der Polizeibehörde, die Arbeiter aus Beschäftigung zu drängen?

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
25. Sitzung vom Donnerstag, den 13. September 1900, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung findet die Wahl der Ausschüsse für die Beratung der Nordparfrage und für die Vorlage wegen der Wasserwerkumbauten statt.
Durch den Tod des Stadtv. Jordan und das Ausscheiden des Stadtv. Solf sind fünf Stellen in Ausschüssen, Deputationen und Kuratorien frei geworden. Es werden gewählt: in den Ausschüssen für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindevorstandern Stadtv. v. a. n. n. in den Ausschüssen für besoldete Gemeindevorstandern und Lehrer Stadtv. Dr. v. a. n. Die Wahlen in die Finanzdeputation, in die Deputation für die Wasserwerke und in das Kuratorium der Wasserwerke werden auf die nächste Sitzung verschoben, da sie, weil mehrere Meldungen vorliegen, durch Stimmzettel erfolgen müssen.

An die Mitteilung des Magistrats über die Erfahrungen bei der **Beaufsichtigung der Waisenhauskinder**

durch Ärzte und Helfersinnen läßt sich eine kurze Erörterung. Stadtv. Kallisch: Die magistratische Mitteilung erstreckt sich nur darauf, wie es den Säuglingen in der Waisenhauspflege geht; sie berichtet von einem so günstigen Resultat, daß man ihre Mangelhaftigkeit anzuzweifeln versucht ist. Die Sterblichkeit soll nur ein Sechstel betragen, während sie bei den unehelichen Kindern ein Viertel beträgt. Es dürfte sich das daraus erklären, daß man nur gesunde Säuglinge in Kostpflege giebt. Ueber die Kinder in dem Waisenhausdepot erhalten wir aber gar keine Auskunft. Aus dem Jahresbericht der Waisenverwaltung für 1899 ergibt sich, daß von den Kindern nur 9 Proz. gestorben sind, ein noch günstigeres Resultat, aber daneben ist zu beachten, daß von der Gesamtheit der Kinder ein Sechstel in die Krankenhäuser gebracht worden ist, und es läßt sich nirgends konstatieren, wieviel von diesen eingegangen sind. Nach privatim von mir eingezogenen Nachrichten ergeben sich dort ganz erschreckend hohe Ziffern. Auch nach der bekannten Broschüre des Dr. Neumann ist die Sterblichkeit in unrem Waisenhausdepot ungemein groß. Das kann nicht so weitergehen. Die Kinder werden oft schon moribund noch dem Krankenhause gebracht, während sie gerettet werden könnten, wenn sie früher der Krankenhauspflege überwiesen würden. Es muß vor allem statistisch Klarheit in dieser Frage geschaffen werden, eine Arbeit, welche sehr wohl von unsern statistischen Amt übernommen werden kann. Ich beantrage, die Angelegenheit dem städtischen Statistischen Amt zur Prüfung und Bearbeitung zu übergeben.
Stadtrat Strachmann: Zur besonderen Beaufsichtigung von Säuglingen hat die Verwaltung 1898 6000 M. zur Verfügung gestellt und daran das Ersuchen um einen Bericht gefolgt; diesem Ersuchen ist der Magistrat nachgekommen. Von 806 Säuglingen sind 48 gestorben. Eine weitere Verbesserung ist von und nicht ge-

fordert worden. Die Sterblichkeit unter den Kindern in den Krankenhäusern, Waisenhäusern etc. ist ja leider eine sehr große. Abgesehen davon, daß die Anstaltspflege die häusliche, die mütterliche Pflege nicht ersetzen kann, liegt ein Grund für diese betrübende Erscheinung in dem Krankennatalität selbst. Die Schuld daran tragen zum Teil die sozialen Verhältnisse, die Not, der Zwang für die Frau, bis zur Niederlunft zu arbeiten (Hörl hört) und dergleichen. Die Einrichtung der Säuglingsstation ist gewiß nach 50 Jahren reformbedürftig, aber die Waisenverwaltung hat an dieser Reform auch unausgesehrt gearbeitet. Es ist ein Umbau und Neubau des Waisendepots mit voller Berücksichtigung aller modernen Ansprüche projektiert und wird demnächst dem Magistrat vorgelegt werden.

Damit schließt die Debatte, der Antrag Kallisch wird angenommen.

Den Vorlaut des oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses, welches die Stadtgemeinde zur Tragung der Kosten des Transports gemeingefährlicher hilfsbedürftiger Geisteskranker nach den Irrenanstalten verurteilt, nimmt die Verwaltung ohne Bedenken zur Kenntnis.

Gelegentlich der diesjährigen Etatsberatung hat die Verwaltung in einer Resolution den Magistrat ersucht, sichleunigt auf die Errichtung einer

Volksbadeanstalt im Stadtteil Wedding

Bedacht zu nehmen. Dieser Resolution entsprechend beantragt der Magistrat die Errichtung einer solchen Anstalt mit zwei Schwimmbassins auf dem städtischen Grundstück Banstr. 11/12 und Bienenstr. 49/54.

Stadtv. Louis Sachs beantragt Ausschüßberatung. Die Verwaltung habe immer gewünscht, daß die Anstalt innerhalb der Ringbahn beim Bahnhof Wedding liegen soll. Der Magistrat gehe ein gut Stück über die Ringbahn hinaus, der vorgeschlagene Platz sei aber immerhin noch acceptabel. Andererseits sei die Frage der Zweckmäßigkeit von zwei Schwimmbassins noch nicht geklärt, besonders auffallend aber sei die unverhältnismäßige Größe, die der Anstalt gegeben werden soll, über 6000 qm, so daß ein Grundwert von 600 000 M. in Frage komme. Selbst die Anstalt in der Oberbergerstraße stehe nur auf 3800 Quadratmeter. Entsprechend der Ausdehnung des Bauplatzes müßten sich doch auch die Baukosten ins Ungemessene steigern.

Stadtrat Wagner: Es handelt sich für jetzt nur darum, die Zustimmung zu dem gewählten Grundstück zu geben; über die Verwendung im einzelnen wird später die Verwaltung mitzubestimmen haben.

Stadtv. Gerstenberg hält auch den Preis für bedenklich hoch. Das unmittelbar anstößende Grundstück Bienenstr. 55/58 eigne sich vielleicht noch besser für die Anstalt, und dieses Grundstück liege innerhalb der Ringbahn.

Stadtv. Dinsie hält diesen Vorschlag für unbrauchbar, da das betreffende Grundstück jeder Bahnverbindung entbehren würde. Das Grundstück an der Bienen- und Panstraße werde nach Anlage der Badeanstalt noch eine Anzahl sehr gut verwertbarer Parzellen übrig lassen.

Stadtv. Worgan erklärt sich ebenfalls für die Magistratsvorlage und gegen den Vorschlag des Stadtv. Gerstenberg, den die lokalen Verhältnisse durchaus ungeeignet erscheinen ließen. Maßbale Abhilfe könne nur durch den Bau einer großen, alten modernen Anstalt entsprechenden Bade-Anstalt auf dem Wedding erfolgen, und die Vorlage komme dieser absoluten Notwendigkeit in vollem Maße entgegen, wie sie denn auch dem Ausschüß sicherlich unbedenklich an die Verwaltung zurückgelassen werde.

Nachdem auch Stadtv. Michele für Ausschüßberatung gesprochen und Stadtv. Gerstenberg auf die Ausführungen Worgan's erwidert hat, wird die Vorlage einem Ausschüß überwiesen.

Die Vorlage betr. den Umbau der Feuerwech-Zugwache Turmstraße 22 wird unverändert angenommen.

Schluß 1/7 Uhr.

Versammlungen.

Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis. In der am Mittwoch im Ritzschen Hof abgehaltenen Versammlung sprach Dr. Paul Bernheim über ansteckende Krankheiten. Der Redner kam auch auf das Seuchengesetz zu sprechen und sagte, dies Gesetz leiste für den Schutz gegen ansteckende Krankheiten wohl etwas, aber nicht viel. Ein solcher Schutz könne unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen durch ein Gesetz niemals vollkommen hergestellt werden. Es sei deshalb Pflicht jedes Einzelnen, das Gesetz dadurch zu verbessern, daß er sich belehre über die Vorsichtsmaßregeln, die zum persönlichen Schutz gegen Ansteckung notwendig sind, und daß derartige Maßregeln auch von jedem angewandt werden. In der Diskussion sprach Georg Wagner, der es als einen Eingriff in die persönliche Freiheit und als Gewissenszwang bezeichnete, wenn nach den Vorschriften des Seuchengesetzes ein Gelehrter der Medizin zwangsweise nachsichtlich behandelt. Hierauf nahm Paul Zahn das Wort, um in längerer Rede darzulegen, daß der Einzelne viel für den Schutz seiner Gesundheit thun könne, daß aber über diesen Punkt im Volke leider noch oft bedauerliche Unwissenheit herrsche.

Ein Protest gegen die Einführung der Streiklausel in die Bauverträge der Stadt Schöneberg legten die Arbeiter am Dienstagabend in zwei gut besuchten Versammlungen ein. In der Versammlung im Klubhaus referierte Maurer Winkler und bei Obst der Zimmerer Knüpfer. Bekanntlich hat die Hochbau-Deputation Schöneberg dem Antrag des Verbands der Bauverträge Rechnung getragen und letzterem in Aussicht gestellt, daß durch Vertrag festgelegt werden soll, bei Streiks der Arbeitnehmer oder Ausperrungen der Arbeitgeber den Fertigstellungstermin der betreffenden Bauten um so lange hinauszuschieben, als der Streik resp. die Ausperrung dauert. Es wurde betont, daß dieser Beschluß eine direkte Parteiergreifung gegen die große Masse des steuerzahlenden Publikums bilde, welcher so recht das wahre Gesicht des freisinnigen Stadtverordneten-Kollegiums zeige. Hier würden die Arbeiter zu Bürger zweiter Klasse degradiert und einer kleinen Unternehmerklasse das Recht gegeben, sonderbar über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter, und noch dazu auf Kosten der Stadt, die doch ein Interesse an dem Wohle ihrer Bürger haben müsse, zu befinden resp. das Einkommen der Arbeiter schmälern und die Arbeitszeit verlängern zu können. Folgende Resolution gelangte in beiden Versammlungen zur einstimmigen Annahme:

Die Versammlungen der Arbeiter Schönebergs nehmen Kenntnis von dem Beschluß der städtischen Hochbau-Deputation und protestieren energig gegen die Aufnahme der Streiklausel in die Bauverträge der Stadt Schöneberg. Die Versammlung steht in der Einfügung der Streiklausel eine Gefahr für den Frieden im Baugewerbe und die Unterdrückung eines großen Teils der steuerzahlenden Bürger Schönebergs zu Gunsten einiger Unternehmer, welche dadurch in den Stand gesetzt werden, die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter nach Belieben herabzubringen. Durch die Einführung der Streiklausel in die Bauverträge werden die Arbeitgeber um ein wesentliches Machtmittel bereichert und die Ungleichheit der Stärkeverhältnisse noch erweitert. Die Versammelten sehen in der Annahme der Klausel nicht ein Mittel gegen, sondern für große wirtschaftliche Kämpfe im Baugewerbe. Die Versammelten erblicken des weitesten in der Handlungsweise der städtischen Hochbau-Deputation eine Veräußerung dieser Bestrebungen des Verbands der Bauverträge, wozu die Stadt Schöneberg im Interesse des sozialen Friedens ihre Hand nicht bieten darf und ersuchen daher die Stadtverordneten-Versammlung und den Magistrat, den Beschluß der Hochbau-Deputation aufzuheben und die Aufnahme der Streiklausel in die städtischen Bauverträge zurückzuweisen.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am 11. September im Englischen Garten eine öffentliche Versammlung ab. Es wurde die Frage erörtert, ob ein allgemeiner Ausstand der Marmorarbeiter angebracht sei, die Anerkennung des mehrfach durchbrochenen Tarifs zu erzwingen. Besonders Bezug genommen wurde auf die Lohnabzüge bei Heger. Man nimmt an, daß es sich hier um einen Vorstoß handle und

daß im Winter andre Fabrikanten Heger's Beispiel folgen würden, wenn die Arbeiter dem beizugehen nicht vorbeugten. Die meisten Redner erklärten jedoch einen allgemeinen Streik mit Rücksicht auf die Organisationsverhältnisse für unthunlich. Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste den Wortbruch der Unternehmer, die in sänder Weise den Tarif durchbrochen haben. Die Versammlung beauftragt die Schiedskommission, schleunigt mit dem Vorstand der Arbeitgeber-Vereinigung und der Schiedskommission der Arbeiter in Verhandlung zu treten. Im Fall der Ablehnung sind unverzüglich weitere Schritte zu thun, um die strikte Innehaltung des seiner Zeit vereinbarten Tarifs zu erreichen.“

Nizdorf. In der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsartells Nizdorf, welche am 7. d. M. stattfand, wurde zunächst über die Beendigung des Ausstands der Tabakarbeiter in Finsterwalde berichtet; von Seiten des Artells wurden 230 M. Unterstützung nach Finsterwalde gesandt. Im Anschluß hieran wies der Vorsitzende auf die Ausstände der Sattler Berlins und der Tischler Münchens hin. Es wurde den Delegierten anheim gegeben, bei ihren Filialvorständen wegen Unterstützung dieser beiden Arbeiterkategorien hervorzutreten. Aus der Kartellklasse erhielten vorläufig die Tischler in München 50 M.

Sodann berichtete der Bevollmächtigte der Wälder hiesiger Zahlstelle über die Ergebnisse der letzten Lohnbewegung. Es ging daraus hervor, daß die Wäldermeister nach einigen Verhandlungen dieselben Einigungsbedingungen, wie sie für Berlin Geltung haben, den hiesigen Wäldergesellen zuerkennen. Einige Meister gingen erfreulicherweise noch darüber hinaus.

Der Delegierte der Buchdrucker, Dauth, berichtete ausführlich über die Verhältnisse und die Organisationsverhältnisse. Dem schloß sich eine rege Diskussion über Tarifgemeinschaften, neutrale und politische Gewerkschaften usw. an. Zum Schluß wurde darüber gefaßt, daß einige Gewerkschaften am Ort die Agitation vernachlässigen.

In dem Bericht über die Versammlung des Gewerkschaftsartells sendet uns Genosse Jendel folgende Aufschrift: „Ich bin in der Versammlung nicht für völlige Neutralisierung der Gewerkschaften eingetreten, ich habe nur den Genossen Regien gegen die ungerechtfertigten Angriffe, die gegen ihn aus Anlaß seines Artells in den „Socialistischen Monatsheften“ gerichtet wurden, in Schutz genommen. Ferner habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn man trotzdem für die „Neutralität“ eintritt, man doch ein sehr guter Agitator unter seinen Berufscollegen für die Socialdemokratie sein kann.“

Achtung! Krankenkassenbörse und Beamte! Heute, Freitag abend, findet in den Krankenkassen eine Versammlung statt, in der die auf je fünf Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Referatkommission den Dienstvertrag für die Kassendeckung zur Genehmigung vorlegen wird. Die im Ausschüß stehende Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die nicht nur die Selbstverwaltung, sondern auch die Beerdigung der bisherigen Beamten zu Gunsten der Mitbürger mit Sicherheit erwarten läßt, macht es den Kassenvorständen zur Pflicht, so lange sie noch die Macht haben, die Kassendeckung zu schützen. Infolgedessen werden die Beteiligten dringend ersucht, die Versammlung zu besuchen.

Allgemeine Kranken- und Zerbefasse der Metallarbeiter (S. 29, Hamburg, Filiale Berlin 9). Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung bei E. Fischer, Bismarckstr. 9.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankreich in Central-Afrika.

Paris, 13. September. (W. Z. V.) Dem Kolonialminister Decrais ging ein aus Brazzaville, den 28. August datiertes Telegramm des Hauptmanns Reboul zu, in welchem folgendes mitgeteilt wird: In einer Reihe von Kämpfen, die vom 1. bis zum 7. Mai d. J. dauerten, demächtigte sich die französische Kolonne des Ortes Dikoa nahe dem Tschad-See. Schlag und zerstörte den Rest der Streitmacht Abahs, der um dessen beide Söhne geschart war. Das Lager derselben in Smola mit dem Schaze und Munitionsvorräten wurde genommen. Der eine Sohn Abahs wurde getötet, der andre entfloh, ist aber jetzt machtlos.

Furchtbares Eisenbahnunglück.

New Orleans, 13. September. (W. Z. V.) Ein von New Orleans nach Galveston gehender Zug der Southern-Pacific-Eisenbahn verunglückte Freitag nacht an der Bai von Galveston nahe beim Leuchtturm. 85 Personen wurden getötet und nur 15 gerettet, die in dem Leuchtturm Untersucht fanden.

Hamburg, 13. September. (W. Z. V.) **Bürgermeister Dr. Lehmann** hat in einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung des Senats diesem das **Gesuch um Entbindung von seinen Aemtern** als Bürgermeister und Senator unterbreitet. Der Senat hat dem Ersuchen des Bürgermeisters in Berücksichtigung seines hohen Alters zugestimmt und ihn von seinen Aemtern entbunden. Die Wahl eines Bürgermeisters und eines Senators wird am 26. d. M. erfolgen.

Frankfurt a. M., 13. September. (W. Z. V.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York gemeldet: In Galveston sind gestern 43 Regier, welche den Leichen die Finger mit Ringen abschnitten, **handrechtlich erschossen** worden. Ueber 100 wurden verhaftet, 100 000 Dollar sind gestern eingegangen.

Wien, 13. September. (W. Z. V.) Ein Petersburger Brief der „Politischen Korrespondenz“ bezeichnet als Grund des Unterbleibens jeder Auslandsreise des Kaisers von Russland das **außerordentliche Interesse des Kaisers an der afrikanischen Frage**. Infolgedessen begleite der Verweier des Ministeriums des Auswärtigen, Graf Lambsdorf, den Kaiser nach Livadia. Ebenso werde diesmal von Spoko aus eine viel regere und engere Fühlung als sonst mit dem Ministerium des Auswärtigen in Petersburg unterhalten.

Debreczin, 13. September. (W. Z. V.) In Abosfalok wurde ein Mädchen ermordet. Infolge des Verbrechens, daß ein Mordmord vorliege, ist die Bevölkerung außerst erregt.

Paris, 13. September. (W. Z. V.) Die Regierung ließ sich, wie die Wälder melden, durch Staatsratsdekret einen **Nachtragsschuld von 30 Millionen Francs für die Expedition nach China** eröffnen. Von den durch das Parlament für diese Expedition bewilligten 20 Millionen Francs sind für Transportkosten allein 10 Millionen verausgabt.

London, 13. September. (W. Z. V.) Die **Vereinigung der Baumvollstauer** in Manchester hat, wie telegraphisch gemeldet wird, ein Rundschreiben an ihre Mitglieder gerichtet, in welchem sie denselben empfiehlt, wenigstens an 12 Wochentagen im Oktober die Arbeit in ihren Betrieben ruhen zu lassen.

Bukarest, 13. September. (W. Z. V.) Der rumänische Kriegsminister erhielt vom Kommandanten des 8. Jägerbataillons die Meldung, daß Bulgaren eine von einem Offizier geführte Patrouille an der Grenze angriffen und dabei einen Soldaten töteten. Die Regierung ordnete eine strenge Untersuchung an.

Sofia, 13. September. Bei einer unter Vorsitz Karavelovs abgehaltenen Konferenz der demokratischen Partei erklärte Toler unter Zustimmung Karavelovs, seine Partei habe den Fürsten Alexander entthront und werde nicht zögern, dem Fürsten Ferdinand dasselbe Schicksal zu bereiten, wenn derselbe sich dem Mazedonien freundlichen Volkswillen nicht fügen werde.

Sofia, 13. September. (W. Z. V.) Die „Agence Bulgare“ meldet: Da die Rumänisten der letzten acht Jahrgänge der Reserve des Militärbezirks Silistra nicht genügend ausgebildet sind, wurden dieselben dem Gesetze entsprechend zu einer dreiwöchigen **Waffenübung** einberufen.

Konstantinopel, 13. September. (W. Z. V.) Der deutsche Votschafter erhob bei der Porte Protest wegen der **Verhaftung von zwei mit ordnungsmäßigen Pässen versehenen Deutschen** auf der Strecke Irdanabulgar, sowie wegen der noch immer nicht erfolgten Verhaftung der Schuldigen in Haifar. Die deutsche Kolonne in Haifar mußte militärisch geschützt werden.

Parteitag der italienischen Socialdemokratie.

Rom, 10. September.

Heute war großer Schlingtag. Auf der Tagesordnung stand zuerst die Frage der Beteiligung an den Kommunal- und Polizeiverwaltungen...

Der erste Punkt der Tagesordnung wird trotzdem in voller Ruhe erledigt.

Sobald die Sitzung eröffnet ist, ergreift Genosse Bonomi das Wort, um seine Resolution in Bezug auf die Beteiligung an den Kommunalverwaltungen zu begründen...

In Erwägung, daß es möglich ist, sich der Gemeinde zu bedienen, um für die Kommunalautonomie Propaganda zu machen...

Der Parteitag beschließt ferner: Im Falle eines Bundes mit anderen Parteien darf die socialdemokratische Partei nur danach trachten, eine Minderheit zu gewinnen...

wenn die alliierten Parteien in der betreffenden Verwaltung die Mehrheit haben, so muß sich die Socialdemokratische Partei von der Bildung des Magistrats bezw. der Provinzialdeputation fernhalten;

die socialdemokratischen städtischen Abgeordneten müssen jedoch bei der Wahl des Bürgermeisters, des Magistrats usw. immer für diejenigen stimmen, die den alliierten Parteien angehören;

die socialdemokratischen Stadtabgeordneten dürfen endlich, selbst in der Minderzahl, an der Verwaltung der Schul- und Wohlthätigkeits-Anstalten teilnehmen.

Diese Resolution wurde, wie erwähnt, mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wurde auch die folgende Resolution:

Der Parteitag betont noch einmal die Notwendigkeit, die Schulpflicht weiter auszudehnen, die armen Schüler mit Maßregeln, Kleidern und Lehrmitteln zu versorgen...

1. Ueberweisung der öffentlichen, nicht unentgeltlichen Dienste (Gas usw.) und der Privatindustrie (Wäberei usw.) an die Gemeinde.

2. Abschaffung der Gemeindezölle auf Lebensmittel.

3. Gemeinde-Autonomie, die eine größere Freiheit der Lokalverwaltungen, auch in dem Ausdruck ihrer politischen Gedanken gewähren soll...

Ran kommt zur Besprechung der Wahltaktik. Wie die Genossen Ferri und Ferri bemerken, ist diese Frage eigentlich schon von den Kongressen zu Parma, Bologna und Florenz beantwortet worden...

Genosse Ferri fährt dann fort, zu zeigen, daß die andre Taktik uns zwar zu augenblicklichen Erfolgen verhelfen wird, den endgültigen Sieg aber gefährden könnte...

Sodann ergreift Modigliani das Wort, um die entgegengesetzte Richtung zu vertreten. Er bestreitet, daß die Reaktion besiegelt sei. Vor allen Dingen aber glaubt er, die politischen und kulturellen Zustände in Italien seien das größte Hindernis für eine Taktik der Selbstständigkeit...

Derselben Stadtpunkt vertritt Treves, der folgende Resolution beantragt:

Der Parteitag betont noch einmal, in Bezug auf die Frage der Wahltaktik, seinen Glauben an die Grundzüge der Partei — Klassenkampf und Vergesellschaftung der Produktions- und Tauschmittel — und indem er betont, daß man in den Wahlkämpfen immer und überall eine echte socialdemokratische Propaganda durch die Erläuterung und die Verbreitung jener Grundbegriffe machen muß...

Diese Tagesordnung wird mit 106 gegen 60 Stimmen angenommen.

Tokales.

Auf den 30. Oktober,

wie wir bereits am Freitag voriger Woche melden konnten, ist der Wahltermin für die Ersatzwahl im 6. Wahlkreis nunmehr endgültig festgesetzt worden.

Die Auslegung der Wahlerlisten beginnt am 27. September.

Die amtlichen Bekanntmachungen lauten: Nachdem der Reichstags-Abgeordnete für den 6. Wahlkreis der Stadt Berlin, Schriftsteller Liebknecht zu Charlottenburg, verstorben ist, hat in diesem Wahlkreis eine Ersatzwahl stattzufinden...

1889 hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich für diese Wahl den Stadtrat Augustan in Berlin zum Wahlkommissar und den Stadtrat Selberg in Berlin zu seinem Stellvertreter ernannt habe.

Vorliegende Bekanntmachung bringen wir mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß wir die näheren Bestimmungen betreffs Auslegung der Wahlerlisten besonders veröffentlicht werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat in ihrer gestrigen Sitzung bezüglich der städtischen Waisenpflege einen Beschluß gefaßt, der von großer Tragweite werden kann. Den Anlaß dazu gab die Magistratsvorlage über das Ergebnis der 1898 eingeführten gesundheitlichen Untersuchung der in städtischen Waisenhäusern untergebrachten Säuglinge.

Stadtrath Selberg bezeichnete das Ergebnis auf Grund der Angaben dieser Vorlage als „außerordentlich günstig“, besagte aber, daß auf der Säuglingsstation des städtischen Waisendepots die Sterblichkeit noch immer recht hoch sei.

Er beantragte, die Angelegenheit dem statistischen Amt der Stadt zur Prüfung und Bearbeitung zu überweisen. Der Magistratsvertreter Stadtrath Strahmann entgegnete, bei dem Charakter solcher Anstalten und bei der Beschaffenheit der den Waisenhäusern zugeführten Kinder sei eine geringere Sterblichkeit kaum zu erwarten...

Die Verwaltung werde sich aber in aller nächster Zeit mit der Frage eines Neubaus des Waisendepots beschäftigen und dabei auch den Gedanken einer Umgestaltung der Säuglingspflege prüfen.

Im Interesse unserer städtischen Waisenpflege muß diese Mitteilung mit großer Freude begrüßt werden. Wenn der von Stadtrath Strahmann angekündigte Plan verwirklicht wird, dann dürfte sich — meinen wir — sehr bald herausstellen, daß es doch noch möglich ist, die Sterblichkeitsverhältnisse der Waisensäuglinge im Depot wenigstens etwas günstiger zu gestalten...

Zu einer längeren Debatte führte noch die Angelegenheit der auf dem Wedding zu errichtenden Volks-Bade-Anstalt. Einigen Herren aus der Versammlung ist das dafür ausgerechnete Grundstück zu groß und zu teuer.

Dem gegenüber wies Genosse Borgmann darauf hin, daß die Anstalt schon deshalb nicht zu klein sein dürfe, weil bei der Unsicherheit des Fortbestandes der Anstalt im Nordhafen für den Stadtteil ein Mangel an Badegelegenheit zu befürchten sei.

Die Vorlage ging an einen Ausschuss. Hoffentlich wird dieser zu dem Ergebnis kommen, daß Berlin vor dem Vorwurf des „hygienischen Lugs“ — um ein früher einmal in der Stadtverordneten-Versammlung gefallenes Wort zu gebrauchen — nicht zurückzuführen darf.

Billige Arbeitskräfte

heißt die Forderung des Unternehmertums. Da es in einer dem industriellen Aufschwung günstigen Zeit dank der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter nicht gut möglich ist, die Löhne auf Wunsch herabzudrücken, hilt sich der Unternehmer damit, daß er jugendliche und weibliche Arbeitskräfte in erhöhter Zahl einstellt.

So haben denn auch im Jahre 1899 nach den jetzt vorliegenden Berichten der Gewerbe-Inspektoren in den ihnen unterstehenden Betrieben des Bezirks Berlin-Charlottenburg die jugendlichen Arbeiter in Fabriken um 650 männliche und 435 weibliche, oder um 6,8 Proz. gegen 6,4 Proz. im Vorjahr zugenommen.

Bei solcher Steigerung der billigen Arbeitskräfte ist es bezeichnend, daß die Zahl der erwachsenen Arbeiter nur um 2312 oder 1,7 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahr gestiegen ist.

Diese Zahlen sprechen eine bereite Sprache. Die Tendenz des Unternehmertums läßt sich aber noch klarer aus mancherlei Einzelheiten erkennen, die der amtliche Bericht mitzuteilen weiß.

So wird gemeldet, daß in kleineren Betrieben mittlerer Schulkinder mit Dänenkleben beschäftigt werden; die Gefahren der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in gefährlichen Betrieben werden durch folgende Mitteilung gekennzeichnet: Einem Curischen wurde die Hand abgeschritten, als er ein fertig bearbeitetes Brett unter der Schutzvorrichtung einer Hobelmaschine hervorzuziehen versuchte.

Ein anderer verlor sein Leben bei der Explosion eines leichtfertig hergestellten Dampf-Kessels, den er bediente. Ein ähnlicher Fall gab dem Handelsminister Veranlassung zu einer Erklärung, derzufolge jugendlichen Arbeitern die Wartung von Dampfesseln nicht übertragen werden darf.

Bemerkte sel nebenher noch eine Ohrsäge, die den Krügel schwärzern vom Gewerbe-Inspektor appliziert wird. Der Bericht über die jugendlichen Arbeiter bemerkt nämlich: Als ein Fortschritt in der Erziehung ist es zu betrachten, daß die Vereinigung Berliner Buchdruckereibesitzer in ihren Lehrlingsvereinen körperliche Pädagogik jetzt ausübt.

Wie mögen manche Jungherrn über solcher Konzeption an Unsielrigkeit und Qualität die Köpfe schütteln! Erfreulich ist, daß dank der Gewerbe-Inspektion die Zuverlässigkeit der Unternehmer gegen die Gewerbe-Ordnung verringert wurden; sie gingen, soweit Arbeiterinnen in Betracht kamen, von 184 auf 97 zurück.

Ueberarbeitete wurde für Arbeiterinnen in 40 Fällen bewilligt; die Zahl der Genehmigungen ist gegen das Vorjahr (88) gestiegen; die der beteiligten Arbeiterinnen von 2295 auf 2090 und die der Ueberstunden von 138 720 auf 98 500 gesunken.

Zuverlässigkeit der Unternehmer gegen jugendliche Arbeiter wurden 224 festgestellt. Bestrafung trat hier in 88, hinsichtlich der Arbeiterinnen in 41 Fällen ein.

224 festgestellt. Bestrafung trat hier in 88, hinsichtlich der Arbeiterinnen in 41 Fällen ein.

Nach diesmal wiederholt sich das alte und nur zu berechtigten Klage über die bürgerliche Justiz, die anständigen Arbeiter, welche einem Streikbrecher zu nahe traten, mit drakonischen Strafen belegt, die aber Unternehmer, welche gegen die Gesundheit ihrer Arbeiter freveln, oft mit ungenügend niedrigen, in vielen Fällen zu der Schwere der Schuld in gar keinem Verhältnis stehenden Strafen davonkommen läßt.

So konstatiert auch der hiesige Gewerbe-Inspektor, daß die Bestrafung der Unternehmer öfter zu mild war; im besonderen führt der amtliche Bericht an, daß der Inhaber einer Konfektionswerkstatt dreimal verurteilt wurde, weil er seine Arbeiterinnen an Sonnabenden über Gebühr beschäftigt hatte. Die Strafe betrug in allen Fällen 30 Mark, obwohl es sich die beiden letzten Male um 26 und 20 Arbeiterinnen handelte!

Mag es mit dem Vertrauen der Klassenbewußten Arbeiterschaft zur heutigen Rechtsprechung auch immer mehr abwärts gehen; die Unternehmer können, wie man an diesem und manchem ähnlichen Beispiel sieht, ob unsrer Justiz beruhigt sein. Wenn nicht die leidigen Gewerbegerichte wären; die Hemmnisse, die bürgerliche Richter der Ausbeutungswut entgegensetzen, lassen sich durchweg ertragen.

Junngschulheit.

Zu dem Rundschreiben des Vorstands der Tischlerinnung, auf das wir vorgestern hinarbeiteten, wird uns geschrieben: Wenn die Tischler-Zwangsunterstützung einen Teil der ihr zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen sucht, so ist das ihr gutes Recht.

Erfüllung dieser Aufgaben den Junngschülern nur Mittel zum Zweck ist, und daß sie unter Vorbehalt aller ihrer Pflichten diesen ihren Zweck zu erreichen suchen. Verschiedene hiesige wie auswärtige Zeitungen bringen Notizen, die ihrem ganzen Inhalt nach von der Innung angehen und in denen der Mangel an Arbeitskräften in der Tischlerei, sowie deren außerordentlich günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse hervorgehoben werden.

Was den Mangel an Arbeitskräften betrifft, so ist es geradezu erstaunlich für jeden mit den einschlägigen Verhältnissen Vertrauten, daß eine solche Behauptung aufgestellt werden kann. Den ganzen Sommer hindurch waren Arbeitskräfte im Ueberflusse vorhanden, der Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbands hat bisher noch allen Ansprüchen in dieser Beziehung gerecht werden können.

Es könnte sich da nur um den Nachweis der Innung handeln, der nach der christlichen Herberge verlegt ist. Aber darüber können die Herren von der Innung gar nicht im Zweifel sein, daß die Berliner Tischler, wie überhaupt denkende Arbeiter nicht nach der christlichen Herberge gehen, um Arbeit zu erhalten.

Wenn nun unter dem Vorwand des Mangels an Arbeitskräften die Eltern geneigter gemacht werden sollen, ihre Kinder der Tischlerei zuzuführen, so muß überdies darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch das Erlernen der Tischlerei in Berlin seine zwei Seiten hat. Der größte Teil der Berliner Möbelindustrie ist Spezialarbeit. Eine große Anzahl von Werkstätten fertigt nur einzelne Artikel wie Büffets, Spiegel, Tische (und auch hier wieder getrennt Schreibtische, Nähtische, Ausziehtische etc.), Bettstellen, Unterzüge, Küchenschubel usw. an; der Lehrling wird in solchen Werkstätten nur ein kleines Stück der Tischlerei erlernen, da ja in vielen Fällen der Inhaber einer Special-Werkstätte auch nur das eine, in seiner Werkstatt hergestellte Stück aufzurichten kann.

Die besseren Werkstätten, in denen alle Möbel, auch bessere Bauarbeiten angefertigt werden, geben sich mit der Lehrlings-Ausbildung wenig oder gar nicht ab. Derartige Betriebe sind durchgängig umfangreich und haben vielfach maschinelle Einrichtungen; hier hat der Meister nicht die nötige Zeit, die Lehrlinge zu beaufsichtigen.

Es bleiben somit verhältnismäßig wenig Werkstätten übrig, in denen Lehrlinge nach Gebühr in allen Fächern der Tischlerei ausgebildet werden können. Besondere Vorsicht ist deshalb den Eltern bei der Auswahl eines Lehrmeisters in der Tischlerei zu empfehlen.

Wenn aber weiter, um das Erlernen der Tischlerei schmählicher zu machen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Gewerbe als ausnahmsweise günstig hingestellt werden, so genügt wohl zur Entkräftung dieser Behauptung der Hinweis auf die Haltung des Obermeisters der Tischlerinnung, des Herrn Rahardt, bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht anlässlich des Tischlerstreiks im letzten Frühjahr. Herr Rahardt sträubte sich als Vorsitzender der kleinen Meisterchaft mit Händen und Füßen gegen die beschriebene Forderung der Gesellen auf wöchentliche Minimal-Arbeitslohnzahlung von 24 M., sowie gegen kleine Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse. Solche Forderungen kann das Tischlerhandwerk nach dem Obermeister nicht ertragen.

Der Auffassung, daß der Obermeister nicht beurteilen könnte, was zum Lebensunterhalt in Berlin nötig ist, widerspricht doch die Tatsache, daß er als Obermeister neben seinem Einkommen als Tischlermeister noch 2800 M. Repräsentationsgelder bezieht. Die Inspiration, welche die bürgerliche Presse durch die Innung erhielt, hat nur den durchsichtigen Zweck, den kleinen Meistern billige Arbeitskräfte zu verschaffen; die dann einseitig ausgebildeten Lehrlinge können ja dann sehen, wie sie sich durchschlagen; die hohen Löhne an die Gesellen können ja die andern zahlen. Die Arbeiterorganisation wird nicht verfehlen, auf die Praktiken der Herren von der Innung ein aufmerksames Auge zu richten.

Der neue Lehrplan für die Berliner Gemeindegewerkschulen tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft, vorbehaltlich der Abänderungen, die etwa noch vom Provinzial-Schulkollegium angeordnet werden. Eine vom 10. September 1900 datierte Verfügung der städtischen Schuldeputation trifft dazu die folgenden Bestimmungen. Die bisher gültige, auf dem alten Lehrplan beruhende Ordnung für die Beförderungsprüfungen in den Gemeindegewerkschulen wird schon für die Michaelisferien aufgehoben. Ob diesmal überhaupt Beförderungsprüfungen abzuhalten sind, darüber soll jeder Rektor selbstständig entscheiden. Bei den Beförderungsprüfungen der Lehrkollegien über die Beförderung wird bereits auf den neuen Lehrplan und die neue Klasseneinteilung — statt Klasse VI bis Klasse I künstlich Klasse VII bis Klasse I und, wo nötig, noch eine „Oberklasse“ — Rücksicht genommen. Die Verfügung spricht die Erwartung aus, daß dabei Härten, die sich etwa aus der Neuerung ergeben könnten, möglichst werden beseitigt werden. Alle sämtliche Kinder, auch für die unzulänglichen, wird vor Schluß des Sommersemesters bestimmt, zu welcher Klasse sie im nächsten Semester gehören. Nur die Abgangszeugnisse der zum 1. Oktober d. J. aus der Schule zu entlassenden Kinder erhalten noch die alten Klassennummern. Die Schuldeputation rechnet darauf, daß die Beförderung des neuen Lehrplans in jeder Schule mit Unstich bewirkt werden wird, so daß Inanspruchnahmen durch geeignete vorläufige Abänderungen möglichst vermieden werden. Als Uebergangszeit ist das kommende Winterhalbjahr gedacht. In dieser Zeit soll dahin gestrebt werden, daß vom April 1901 ab der Lehrgang ohne Schwierigkeiten dem neuen Plan entsprechen kann. Bemerkenswert ist, daß trotz Aenderung der Klasseneinteilung und Vermehrung der Klassenstufen die Zahl der Klassen einer Schule nur in den dringenden Fällen erhöht werden soll.

Die Wasserwerkverfassung Berlins, die voraussichtlich in den nächsten Jahren eine völlige Umgestaltung erfahren wird, ist für die Bevölkerung erst verhältnismäßig spät ein Gegenstand größerer Sorge geworden. Wenn man abseht von dem im 16. Jahrhundert gemachten, aber nicht von dauerndem Erfolg begleiteten ersten Versuch einer öffentlichen Wasserleitung, der „Wasserkunst“ Kurfürst

Joachim II., dann hat Berlin erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, viel später als manch andere Großstadt, künstliche Wasserleitung erhalten. Bei der Beschaffenheit ihres Bodens konnte die Stadt bis dahin ohne Wasserleitung auskommen; sie beschaffte in dem Grundwasser lange Zeit eine durch zahlreiche Brunnen und Straßenbrunnen erschlößene Quelle guten Trinkwassers. Erst die fortschreitende Verunreinigung des Bodens führte zu einer allmählichen Verschlechterung des Wassers. Gegen Ende der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts trat der Gedanke einer künstlichen Wasserleitung in Berlin auf, aber auch jetzt erwuchs er noch nicht aus dem Gefühl eines Mangels an gutem Trinkwasser, sondern aus dem Elend vor dem Zustand der Rinnsteine; wie ja auch die „Wasserkrise“ Joachim II. nur den Mangel des Feuerlöschwassers und der Straßenreinigung ihre Entstehung zu verdanken gehabt hatte. In einer Schrift „Wie sind die Rinnsteine Berlins mit fließendem Wasser zu versehen?“ schlug Major Wagner 1833 vor, Wasser durch Dampfkraft aus der Spree zu entnehmen und in die Rinnsteine zu drücken. Später veröffentlichte dann der Architekt Schrammle seinen Plan eines „Wasserwerks zur Versorgung der Stadt Berlin mit reinem und gesundem Quellwasser und zur Bewässerung der Straßen Berlins.“ Eine von Friedrich Wilhelm IV. schon bald nach seinem Regierungsantritt zur Prüfung der Wasserfrage eingesetzte Kommission entschied sich 1848 angelehnt der wegen Geldmangels ablehnenden Haltung der Gemeindebehörden für Bildung eines Aktienvereins zur Errichtung eines Wasserwerks an der Oberspree. Die Angelegenheit zog sich dann durch mehrere Jahre hin, zumal da die Erwartung, einheimisches Kapital zu erhalten und besonders die Hausbesitzer zu gewinnen, fehlschlug. Erst 1852 brachte der Polizeipräsident v. Hündelberg einen Vertrag zwischen der Regierung und den Engländern Fox und Granton zu Stande, sehr gegen den Willen des Magistrats, der Hündelbergs Plan für unsicher hielt und jetzt am liebsten selber ein Wasserwerk errichtet hätte. Die Engländer begannen 1853 vor dem Stralauer Thor den Bau ihres Werks und legten es 1856 in Betrieb. Sie hatten auf 25 Jahre das alleinige Recht, den Einwohnern Wasser zu liefern, und die Verpflichtung, das zur Rinnsteinreinigung und zu Feuerlöschzwecken erforderliche Wasser umsonst herzugeben. Die Entnahme von Wasser war anfangs gering, später wurde sie stärker, namentlich seit Wohnungen ohne Wasserleitung schwerer vermietbar wurden. 1872 war das Werk an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt, obwohl immer noch erst ein Teil der Stadt und auch dieser nur mangelhaft mit Wasser versorgt wurde. Die englische Gesellschaft wollte an die notwendige Erweiterung des Werks nur herangehen, wenn der Vertrag verlängert würde, aber die Gemeindebehörden waren entschlossen, nach Ablauf des Vertrags die Wasserversorgung Berlins selber in die Hand zu nehmen. Inzwischen waren sie auch der Frage der unterirdischen Entwässerung näher getreten. Da diese ohne ein eigenes Wasserwerk nicht durchführbar schien, so brachten sie bereits 1873 das englische Werk durch Kauf in den Besitz der Stadt. Die fernere Entscheidung der nun städtischen Wasserwerke ist bekannt. Da das Wasser der Oberspree wegen der Vermehrung der hier liegenden Fabriken und der Zunahme der Schiffsahrt sich immer mehr verschlechterte, so wurden neue Werke am Tegeler See und am Müggelsee erbaut. Das eine wurde 1877, das andre 1893 eröffnet. Ende 1893 konnte dann das Stralauer Werk außer Betrieb gesetzt werden. Das Tegeler Werk schloß sich anfangs durch Tiefbrunnen aus dem Grundwasser, aber die dabei schon im Sommer 1878 gemachten Erfahrungen — das Ausstreuen einer Algenart (Orothrix polyspora) in dem stark eisenhaltigen Wasser — nötigten, zur Entnahme von Oberflächenwasser aus dem See überzugehen. Nach 1884 wurde am Müggelsee und an der Dahme auf Brunnenwasser gebohrt, doch das Ergebnis war auch hier unglücklich und führte zu dem, wie man damals annahm, unglücklichen Verzicht auf Brunnen. Das Müggelwerk wurde von vornherein auf Entnahme von Oberflächenwasser eingerichtet. Nunmehr sind für die Wasserversorgung Berlins, wie bekannt, mit der Gefahr einer Verunreinigung des Müggel- und des Tegeler Sees neue Schwierigkeiten entstanden, an deren Beseitigung die Gemeindebehörden demnächst gehen müssen.

Eine Preiserhöhung für Mäheren auf 15 Pf. und für Haarschneiden auf 35 Pf. wird in den Barbiergeschäften, wo dieser Preis noch nicht besteht, vorbereitet. Eine gleiche Bewegung im Jahre 1896 verlief resultatlos. Ob die Barbier diesmal mehr Erfolg haben werden?

Der Neunhr-Ladenstluß, der bekanntlich am 1. Oktober in Kraft tritt, macht die Geschäftsinhaber mobil. Gestern beriet die Fleischereinigung über die Ausdehnung der 40 Tage im Jahr, an denen die Geschäfte noch zu späterer Stunde geöffnet sein dürfen. Die Innung beschloß, an den Polizeipräsidenten die Bitte zu richten, für das Fleischergewerbe sämtliche Sonnabende vom 1. September bis einschließlich 30. April, den 23. und 24. Dezember (2 Tage vor Weihnachten), den 31. Dezember (Schneefest), je einen Tag vor Ostern und Pfingsten, und die dann noch verbleibenden 5 Tage nach Vorschlag des Innungsvorstands, als Ausnahmestage für das Fleischergewerbe, an welchen der Verkauf bis 10 Uhr abends stattfinden darf, festsetzen zu wollen. Obermeister Schmidt teilte mit, daß sämtliche Fleischereinigungen der Vororte Berlins und noch vieler anderer Städte ihm geschrieben, daß sie sich nach dem Beschluß der Berliner Fleischereinigung richten und dementsprechend auch bei ihren Behörden vorstellig werden wollen.

Zur Bearbeitung der Massendruckmaschinen hat die Oberpostdirektion Berlin neuerdings besondere Druckmaschinenstellen eingerichtet. Diese Druckmaschinen sind für die schnelle Aufarbeitung großer Massen von Sendungen besonders eingerichtet, die also von ihnen schneller bearbeitet werden können, als von beliebigen Postämtern. Sie nehmen die Massensendungen vom Publikum entgegen und bearbeiten sie sofort. Solche besondere Druckmaschinenbestände in Berlin bis jetzt drei. In der Zweigstelle des Briefpostamts, seit letztem Neujahr im Kaufhaus Brandenburger in der Neuen Friedrichstraße eingerichtet, ist die schon seit längerer Zeit bestehende erste Druckmaschinenstelle Berlins untergebracht. Eine zweite solche Stelle befindet sich seit einiger Zeit in der Handelsstraße Belle-Alliance zwischen der Friedrichs- und Lindenstraße. Sie gehört zum Postamt 12 in der Zimmerstraße. Eine dritte gehört zum Postamt 19 in der Weitsstraße. Sie ist seit dem 1. September in der Abzweigung dieses Amtes eröffnet, die auf dem ehemaligen Grundstück des Vereins der Wasserfreunde in der Kommandantenstraße insbesondere für den Paketverkehr eingerichtet wird.

Mit einem Jagdgewehr erschloß sich gestern nachmittags der Malermeister Fritz Wankus in seiner in der Rurfsenstr. 4 gelegenen Wohnung. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf gefügt und war auf der Stelle tot. Der Rückgang in seinen Vermögensverhältnissen und Zerwürfnis mit seiner Familie werden als Beweggründe für den Selbstmord angegeben. W. hinterläßt eine Frau mit sechs Kindern.

Der aus Berlin verschwundene Bildhauer Fischer ist in der Nähe von Bernau als Leiche aufgefunden worden. Bekanntlich hatte sich der Genannte vor einiger Zeit aus seiner in der Gartenstraße gelegenen Wohnung heimlich entfernt, ohne daß ein zwingender Grund dafür vorgelegen hätte. Die Spur führte nach Freienwalde, dort konnte aber der Vermisste trotz eifriger Suchens, an dem sich auch die Ehefrau des Fischer beteiligte, nicht ermittelt werden. Jetzt ist seine Leiche an einem Baum im Walde bei Bernau hängend von Spaziergängern aufgefunden worden. Bei dem Toten fand man dessen Wertpapiere sowie etwa vier Mark an barem Gelde.

Durch den Einsturz einer Mauer sind gestern, Donnerstag nachmittags, zwei Arbeiter auf dem Grundstück des Bürgerlichen Brauhauses in der Neuen Königstr. 18 schwer verunglückt. Hier wird ein altes Gewölbe, das sich auf ebener Erde mannshoch erhebt, abgebrochen, weil es zu klein geworden ist und durch ein größeres neues ersetzt werden soll. Bis zur Besperpause hatten die Arbeiter bereits einen Teil der gewölbten Mauer abgerissen, so daß an dieser Stelle das Mauerwerk, das sie getragen hatte, frei stand und nur noch in sich selbst einen Halt hatte. Als nun die Arbeiter Hermann Karzer aus der Pallasenstr. 22 und ein

zweiter Arbeiter, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht, an der Mauer vorbeigingen, um zu Besper Bier aus der Brauerei zu holen, stürzte sie ein und begab beide unter ihren Trümmern. Die Arbeitsgenossen und der Baumeister, der ebenfalls zugegen war, arbeiteten sofort mit Aufgebot aller Kräfte an der Rettung und Befreiung der Vermissten. Ein Arzt von der Unfallstation X. in der Alten Schützenstraße, der zu Hilfe gerufen wurde, ließ Karzer mit einer Drostele nach der Unfallstation bringen, während der zweite Vermisste sogleich in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Der Zustand dieses letzteren Manns, vermutlich eines Arbeiters Namens Müller, ist hoffnungslos. Der Unglückliche, der sofort das Bewußtsein verlor und es noch nicht wiedergewonnen hat, ist furchtbar zugerichtet. Er erlitt einen komplizierten Schädelbruch, einen Unterleibsbruch, einen doppelten Bruch des rechten Ober- und Unterarmes und einen Bruch des linken Beins. Auch Karzer ist schwerer verletzt, als man anfangs glaubte. Auf der Unfallstation stellte man einen Lappenriß einer Wange, einen Bruch des rechten Unterarmes und eine Quetschung sämtlicher Beine fest. Karzer ist verheiratet und Vater von drei Kindern; auch Müller ist verheiratet, wenn er die Persönlichkeit ist, die man in dem Vermissten vermutet. Die Unfallstelle wurde polizeilich gesperrt und gestern abend von der Baukommission zur Aufnahme des Haftbestands besichtigt. Die unmittelbare Ursache des Unfalls konnte mit Gewißheit nicht festgestellt werden. Vermutlich aber hatte das Mauerwerk durch Feuchtigkeit seine Festigkeit soweit verloren, daß es zusammenbrechen mußte, als ihm durch den Abbruch der Wölbung der Halt genommen war.

Die Ausgewiesene. Im städtischen Asyl für Obdachlose wurde gestern auf Veranlassung der Armenverwaltung eine gewisse Wöble aufgenommen. Ein Kind an der Brust und zwei andre im zartesten Alter stehende Kleinen an der Hand führend, war sie, ein Bild des Jammers, im Rathause erschienen, dort Hilfe zu suchen. Stadtrat Ramroth, der sich ihrer annahm, erklärte sie, daß man sie aus Berlin ausgewiesen und nach ihrer galizischen Heimat abgeschoben habe. Von der Heimatsbehörde sei sie nun nach Berlin wieder zurückbefördert worden, und man habe dies damit begründet, daß sie länger als acht Jahre von der Heimat abwesend gewesen wäre. Wie in ähnlichen Fällen, so dürfte auch hier die Intervention der österreichischen Botschaft von der Stadt angerufen werden. Vorläufig ist die W. in der Eingangs erwähnten Weise vor dem Kerker gesteckt worden.

Auf dem Laubensfeld an der Ecke der Proslauer- und Nigardstraße drangen am Nachmittag die Arbeiterfrau Emilie Schulz und mehrere halbwildliche Burden aus Friedrichshagen in den unstrukturierten Garten der mit ihr verheirateten Arbeiterfrau Henriette Philipp ein. Die Schulz verlegte der Philipp sodann mehrere Schläge mit einer Latte über Kopf und Arme, ohne sie jedoch erheblich zu verletzen. Als die Philipp ihre Gegnerin in den Garten eindringen sah, gab sie mehrere scharfe Schüsse aus einem Revolver in die Luft ab, worauf Beamte des 102. Polizeireviere erschienen, denen es jedoch nicht mehr gelang, die Friedrichshager Burden einzuholen. So berichtet ein hiesiges Blatt. Sollte die Nachricht nicht ein bißchen übertrieben sein?

In der Charlis lag seit einigen Wochen die schwerkranke Frau des Arbeiters Leichert. Als der Mann am letzten Sonntag seine Frau wieder besuchen wollte, erfuhr er im Krankenhaus, daß sie bereits Dienstag, den 4. September, gestorben und sogar schon begraben war. Man hatte dem Ghemann keinerlei Anzeige über den Tod seiner Frau zugehen lassen. Diesen Umstand suchte man im Bureau der Charlis damit zu erklären, daß man auf Leichert's Vorhaltung erwiderte, er habe seine Adresse nicht richtig angegeben und die Benachrichtigung habe ihm deshalb nicht erreichen können. Leichert will aber ganz genau wissen, daß seine Adresse auf dem Krankenchein der Frau richtig verzeichnet war. Der trauernde Gatte befindet sich nun in der peinlichen Lage, daß er nicht einmal weiß, wo seine verstorbene Frau begraben liegt. Er konnte das weder im Bureau der Charlis, noch an den Stellen, wohin er vom Bureau verwiesen wurde, erfahren. Bei einiger Aufmerksamkeit der zuständigen Beamten sollten sich derartige bedauerliche Vorkommnisse doch wohl vermeiden lassen.

In der hiesigen Volkshochschule verstorben ist der vierzigjährige Schüler Joseph Schönberger aus Walschütz im Gemeindebezirk Arnrand in Bayern. Der Knabe war vor einiger Zeit mit noch vier Personen von einem an der Volkshochschule erkrankten Hunde gebissen und hatte sich mit seinen Leidensgefährten auf Anordnung des Gemeindevarztes in die genannte Station begeben, um sich hier der Säugimpfung zu unterziehen. Trotz Aufwendung aller ihrer Kraft war es den Ärzten nicht möglich, das junge Leben zu erhalten. Die anderen Jünglinge sind indessen fast vollständig geheilt und werden demnächst aus dem Institut entlassen werden.

Aus Kurdt vor Strafe ist der 15 Jahre alte Kaufmännische Hermann Sabatskiel, der bei seiner Mutter in der Hüftstr. 30 wohnte, seit vier Wochen verschwunden. Der Junge war einen Tag in einem Puffgeschäft in der Teufelsstraße thätig und sollte für dieses eine Dede und 2 M. nach dem Postamtamt in der Oranienburgerstraße bringen. Als er nicht zurückkehrte, erkundigten sich die Geschäftsinhaber am nächsten Tage nach seinem Verbleib. Nun stellte sich heraus, daß der Bürsche Dede und Geld nicht abgeliefert hatte und auch nicht mehr besah. Von der Mutter zur Rede gestellt, machte er die Androhung, daß ihm beides unter den Linden, wo er auf einer Bank geschlafen habe, gestohlen worden sei. Als ihm aber die Mutter drohte, daß sie ihn durch die Kriminalpolizei werde beobachten lassen, da er in schlechte Gesellschaft geraten sei, lief er weg und kam nicht wieder. Alle Nachforschungen blieben erfolglos. Die schwer geprüfte Mutter, deren ältester Sohn vor fünf Wochen bei Asphaltarbeiten in Charlottenburg überfahren wurde und seitdem im Moabit's Krankenhaus liegt, hofft, durch die Öffentlichkeit die Spur des verlorenen Sohnes wiederzufinden. Der Vermisste hat blondes Haar und als besondere Kennzeichen eine Schnittnarbe über dem rechten Auge und einen gelben Fleck unter dem Arm. Er trägt eine dunkle Duglinhose mit Weste, ein schwarzes Jackett und einen schwarzweißen Strohhut.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Zwei vermutlich gestohlene Pakete, in grauer Papierpackung mit Bindfäden verschürt, sind am 28. v. M. bei einem Schuhmachereister in der Blumenstraße von einem unbekannt gebliebenen jungen Mann hinterlegt und bisher nicht abgeholt worden. In den Paketen befinden sich eine Anzahl länglicher brauner Wappartons, in welchen bunte gepreßte Papierstüchchen und Nadeln eingelegt sind. Interessenten wollen sich baldmöglichst zur Befragung und zur Retrospektion auf dem Polizeirevierbureau Nr. 22, Holzmarktstr. 11, einfinden.

Für die wissenschaftliche Ballon-Dauerfahrt sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß nacheinander, glückliche Witterung vorausgesetzt, der 23. September als Tag des Aufstiegs festgelegt werden konnte. Das Unternehmen erfährt von allen Seiten die beste Unterstützung. Die Behörden haben in Anbetracht des eventuellen zu erreichenden großen wissenschaftlichen Erfolgs jede Hilfe zugesagt, in erster Linie die königl. Luftschiffer-Abteilung und das meteorologische Institut, Abteilung Aeronautik.

Gesperrt für Fuhrwerke und Reiter werden bis auf weiteres: die Oberbaumstraße an der Ecke der Schießensstraße von heute ab und die Mariannenstraße von der Klalierstraße bis zum Heinrichsplatz vom 17. d. M. ab.

In der Urania hat der Vortrag „Eine Wanderung durch die Weltauspflanzung in Paris“ durch eine größere Anzahl neu aufgenommenen Mitglieder eine Erweiterung und interessante Verleiderung erfahren.

Junge Maschinenbauer, Mechaniker und Schlosser, welche Techniker werden wollen und beabsichtigen, zu diesem Zweck Technikum zu besuchen, finden in der städtischen Fortbildungsschule hinter der Garnisonkirche passende Gelegenheit, sich zweckmäßig vorzubereiten. Es wird gelehrt Geometrie, Trigonometrie, Algebra, Physik mit besonderer Veranschaulichung der Elektrotechnik,

Maschinenlehre, Projektions- und Maßzeichnen. Für den Unterricht im Zeichnen ist ein halbjährliches Schulgeld von 4 M. zu entrichten; der Unterricht in den übrigen Fächern ist unentgeltlich. Anmeldungen für das Winter-Halbjahr nimmt schon jetzt der Rektor Dreymann am Sonntag vormittags 9—10 und an den Wochenenden — außer Mittwoch und Sonnabend — abends 7—8 entgegen.

Theater. In der Neu-Aufführung von Goethes „Faust“, welche im Deutschen Theater am Sonnabend stattfindet, sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Faust: Otto Sommerhoff; Wagner: Richard Valentini; Mephisto: Max Kuhnhardt; Gretchen: Teresina Sekner; Valentin: Rudolf Ritter; Marthe: Marie v. Voelck; Ein Schüler: Bruno Jener; Frau: Georg Engels; Brauer: Albert Dörmann; Siedel: Herimann Rosen; Altmeyer: Bruno Köhler; Walden: Paula Herzig; der Erdgeist: Emanuel Reicher; Der böse Geist: Louise Dumont; Die Hexe: Hanns Fischer. Diese Vorstellung beginnt am Sonntag um 7 Uhr. — Im Schiller-Theater wird, zwischen den Büchsen nachzutommen, Gelparzer's „Des Meeres und der Liebe Wellen“ bereits Sonntag, den 16. d. M., nachmittags, wiederholt. In der Sonntagabend-Aufführung geht „Die Orientreise“ zum erstenmal in dieser Saison in Szene. Die Hauptrollen liegen auch in dieser Saison in den Händen der Damen Dull, Werner, Seig und der Herren Patra, Schmalow, Kaiser, Köhler.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Arbeiter-Bildungsverein. Versammlung, Sonnabend, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal C. Conrad. Th. Böller spricht über: „Platonische Liebe“.

Nizdorf. Hinsichtlich der beabsichtigten Versorgung Nizdorfs mit elektrischer Kraft konnten vier endlich melden, daß die Vorarbeiten beendet seien und der Entwurf eines Vertrags mit einer Berliner Gesellschaft vorliege. Jetzt ist nun eine darauf bezügliche umfangreiche Magistratsvorlage den Stadtverordneten zugegangen. Damit diese die Vorlage gründlich durcharbeiten können, ist die anfanglich für den 18. September festgesetzte Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung auf den 20. d. M. anberaumt worden. Die Vorlage, der auch die Deputation für das Beleuchtungswesen einstimmig beigetreten ist, soll vorläufig geheim gehalten werden. Ohne irgend welche allgemeine Interessen zu verletzen, können wir jedoch mitteilen, daß aus praktischen Gründen von der Errichtung eines eignen Elektrizitätswerks abgesehen worden ist.

Die Straßenbahn-Linien, die Nizdorf berühren, dürften bis zum 1. Oktober sämtlich elektrischen Betrieb haben. Augenblicklich besteht Werdebetrieb nur noch auf der Linie Nizdorf (Gauer Chaussee)—Moabit. In nächster Zeit wird auch die Siedingbahn, wie von vornherein geplant, durch die Kaiser Friedrichstraße geführt werden, unter Benutzung des Hermannsplatzes einerseits und der Thüringerstraße, des Richardsplatzes, sowie der Herbergstraße andererseits. Die Regulierung der Kaiser Friedrichstraße zwischen der Erd- und Herbergstraße, die dazu erforderlich ist, geht ihrem Abschluß entgegen. Die Berliner- und Bergstraße, die sehr verkehrreich sind, werden dadurch etwas entlastet. Die Rosswege in der Kaiser Friedrichstraße, Ecke der Hohenschulstraße, sind infolge jener Veränderungen verschwinden. Sie müß nach dem Platz an der Kreuzung der Reuter- und Beyerstraße verlegt. Es ist dies der neue Platz, von dem viele Nizdorfer Bürger träumen, ihn werde einst die erste Markthalle der Stadt zieren.

Mit einem Kaiser Wilhelm-Denkmal wird demnächst Nizdorf beglückt werden. Bei der großen Sammelei ist mit Ach und Krach das Notwendigste zusammen gekommen. Ueber die Uebernahme der Unterhaltungspflicht des Denkmals durch die Stadtgemeinde werden die Stadtverordneten nächste Woche zu befinden haben. Der Magistrat, der die Uebernahme jener Pflicht für etwas Selbstverständliches hält, bittet sonderbarer Weise darum, über den Antrag unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln.

Welche Buchmacher sind das Neueste auf dem Gebiet des Sportwesens. Nachdem schon seit einiger Zeit auf der Trabrennbahn in Wagenssee sich Franzen mit dem Buchlegen beschäftigt haben, wagen sie sich neuerdings auch auf die größeren Bahnen Hoppegarten und Westend und dort sollen sie bei den Rennen in dieser Woche den männlichen Buchmachern viel Abbruch gethan haben.

Gerichts-Beilage.

Die Erinnerung an die fotostatischen Unterschlagungen des Bankiers Niese wurde abermals durch eine Anklage wachgerufen, welche die verheiratete Helene Barmuth geb. Joha vor die VII. Strafkammer des Landgerichts I. führte. Der Ghemann der Angeklagten ist Inhaber eines Detektiv-Instituts und war seiner Zeit von dem Bankier Niese mit der Beobachtung der Ehefrau beauftragt, mit welcher dieser im Ehecheidungsprozess lag, betraut worden. Dadurch kam auch die Angeklagte zu Niese und dessen Familie in nähere Beziehungen. Niese ist, wie erinnerlich sein wird, nach Unterschlagung von etwa 100 000 Mark mit einer jungen Dame Jenny Fechner flüchtig geworden. In dem Augenblick, als er in Leipzig verhaftet wurde, hat er sich vergiftet. Nachdem Niese flüchtig geworden war, hatte dessen Mutter sein einziges Kind sowie seinen Verwahrdiner Hund bei der Angeklagten in Pflege gebracht. Eines Abends war Frau Barmuth in der Wohnung der Frau Fechner — Mutter des mit Niese verschwundenen Fräulein Jenny Fechner — und dort wurde über das Schicksal debattiert, welches die beiden im Falle der Ergreifung des Niese ereilen würde. Während dieser Unterhaltung kam Frau Fechner nach Hause und nun soll nach den Behauptungen der Anklage die Angeklagte ihr geraten haben, alles zu thun, um den ihr etwa bekannt werdenden Aufenthalt der Flüchtlinge zu verheimlichen. Frau Fechner soll dann zwei bei ihr aus London eingetroffene Ansichtspostkarten, die mit Rudolf und Jenny unterzeichnet gewesen sein sollen und anscheinend von den beiden Flüchtlingen herrührten, gezeigt haben; die Angeklagte soll diese Karten sofort aus der Hand gerissen und Frau Fechner veranlaßt haben, sie sofort zu zerreißeln. In diesem Vorgang, der s. Z. von Frau Fechner bezeugt, in dem bestrittenen Teil aber von der Angeklagten bestritten wurde, erklärte die Strafkammer den Haftbestand der Begünstigung, indem sie annahm, Frau Barmuth habe verhindern wollen, daß die Karten zur Entdeckung des Aufenthalts des flüchtig gewordenen Niese führen könnten. Die Angeklagte wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Rechtsanwalt Dr. Halpert Revision ein und führte darin aus, daß das Gericht den Begriff der Beistandsleistung verkannt habe. Die Thatfachen, in denen der Haftbestand der Begünstigung gefunden worden, seien nicht erschöpfend angegeben, namentlich fehle es an einer Angabe der Thatfachen, auf welche die Strafkammer die Annahme stützte, daß die Postkarten geeignet waren, zur Entdeckung des Niese zu führen. Die Strafkammer habe statt dessen auf die Intelligenz der Angeklagten verwiesen, damit werde aber der Fundamentgrund des Strafprozessrechts verletzt, daß der Richter selbst die Prüfung und Feststellung der Thatfachen vorzunehmen hat, auf welcher er seine Beurteilung stützt. Auch bezüglich der Aufforderung an Frau Fechner, alles zu thun, um den ihr etwa bekannt werdenden Aufenthalt des Niese zu verheimlichen, fehle es an den genügenden Feststellungen. Es sei nicht festzustellen, ob diese Aufforderung den Sinn gehabt habe, daß Frau Fechner, wenn sie vor der Behörde vernommen und nach dem Aufenthalt des Niese befragt werden würde, den Aufenthalt richtig angeben solle. Es sei auch nicht festzustellen, ob Frau Fechner zu jener Zeit den Aufenthalt des Niese überhaupt kannte und deshalb in die Lage kommen würde, zuverlässige Mitteilungen über diesen Aufenthalt zu machen. — Das Reichsgericht hat diese Behauptungen als begründet erachtet, das Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurück verwiesen. Gestern wurde nochmals eine ganze Reihe von Reuen vernommen, unter ihnen die seiner Zeit wegen schwerer Hehlerei zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Schwester des Niese, die jetzt ihre Strafe verbüßt. Der Staatsanwalt beantragte wiederum vier Monate Gefängnis, Rechtsanwalt Dr. Halpert

Achtung! Zimmerer. Achtung!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)
 Sonntag, den 16. September, vormittags 10 Uhr, bei Cohn,
 Beuthstr. 20 I:
Mitglieder-Versammlung
 des
Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: Christliche und sozialistische Organisation. Referent
 Genosse Th. Fischer. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 257/10
 Es erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.
 Der Vorstand.

Fachverein der Holz- und Bretterträger.
 Sonntag, 16. September, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Gramann,
 Rannysstr. 27:

Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl des Delegierten. 2. Abrechnung des Vergütungsausschusses.
 3. Vereinsangelegenheiten. 54/14
 Beitragsannahme und Aufnahme neuer Mitglieder findet nur von
 10 bis 11 Uhr statt.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter Achtung!
Pankow und Umgegend.
 Sonntag, den 16. September, nachmitt. 1 1/2 Uhr, im „Auffahrtshaus“,
 Berlinerstr. 102:

Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Referent und Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Verband des technischen Bühnen-Personals.
 Sonnabend, 15. Septbr., abends 11 Uhr, Neue Köpferstr. 3:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Auf-
 nahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelshof 15:
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Treptow. Restaurant Karpfenteich.
 an der Köpenicker Landstraße.
 Jeden Sonntag: Frel-Konzert. Im Saale Tanz. (*) **Lossow**

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
 Morgen, Sonnabend, den 15. September, in Kellers
 Gesamträumen, Koppenstraße 29:
Große humoristische Soiree
 der beliebten Langatengelschen
Leipziger Sänger.

Nach der Vorstellung: **Großer Ball** in beiden Sälen.
 Im oberen Saale von 9 Uhr ab: **Tanz.**
 Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
 Dillet 30 Pf. Anf. präc. 8 1/2 Uhr. **Abendkasse** findet nicht statt.
 Billets sind noch bis morgen Abend um 8 Uhr in unserm Bureau,
 Engelshof 15, Zimmer 21 zu haben.
 Die Zahlstelle im Bureau bleibt am Sonnabendabend von 6
 bis 8 Uhr geöffnet; desgleichen die Zahlstelle bei Ströhmayer. Alle
 übrigen Zahlstellen bleiben geschlossen. 25/9
Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg, „Gambrius-Brauerei“, Wallstrasse 94.
 Sonnabend, den 15. September 1900:
4. Stiftungsfest
 des Freien Vereins für Naturheilkunde u. Gesundheitspflege
 unter Mitwirkung
 der Mandollnen-Gesellschaft „Palma di Palma“.
 Festsrede, gehalten vom Schriftsteller Herrn Georg Wagner.
 Anfang 8 Uhr.
 Billets (Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.) sind bei Herrn Florow, Schiller-
 strasse 92, Franz Schmidt, Cigarrengeschäft, Wilmersdorferstr. 131, Boyer,
 Wallstrasse 94, zu haben. 2887b
Der Vorstand.

Feuersteins Festsäle, Jakobstr. 75.
 Jeden Sonntag: **Öffentlicher Tanz.**
 Reine auf das eleganteste renovierten Festsäle,
 150, 300 und 400 Personen fassend, stehen den Vereinen zu Vereins-
 festlichkeiten und Versammlungen stets zur Verfügung.
 Vereinszimmer 40 bis 120 Personen fassend.

Zähne 2 M. Reparaturen in 2 Stunden. Teilzahlung. Plombieren.
 Schmerzloses Zahnziehen. Sonntags 8-8. Sonntag 8-1.
R. Lange, Blumenstraße 25. Ecke Martinstraße.

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 19/20.
 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
 ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentlich 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Verband d. Porzellanarbeiter Berlin II.
 Am Mittwoch, den 12. September, verstarb unser Mitglied, der Kollege
Paul Kleinwächter
 im Alter von 41 Jahren.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. September, nachmittags 4 Uhr, vom Rathhause Kirchhof in Wil-
 heimberg aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 269/20) **Die Verwaltung.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
 Sonnabend, 15. Sept., 8 1/2 Uhr, Schleife
 Brücke nach Copenmt
 (Reise). Stiftungsfest
 des K. R. V. Arbeiter-R.
 Sonntag, 16., früh 8
 Steinerhand Tempelhofersfeld nach
 Trebbin (Sommerfest).
 Donnerstag, 20.: Versammlung,
 Kolbergerstr. 23 (Raabe). Damen u.
 Herren willkommen. 27/20
 Das [6330]*

Riesen-Stofflager Krausenstr. 14 I. Etage,
 fertigt nach Maass unter
 garantiertem Sitz:
 Hochlegante Winterpaletots für 36 M.
 Hochlegante Anzüge für 30 M.
 Hochfeine Bekleider für 10-12 M.

Charlottenburg. M. Schmerberg (5018)
 Wilmersdorfer-Strasse 127,
 Uhrmacher und Goldarbeiter.
 Großes Lager von Uhren
 und Goldwaren zu
 äußerst billigen Preisen.
 Optische Artikel. Brillen
 werden schmerzlos gefasst.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Montags 7 Uhr. Nur erklaffige
 Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hatt.**
 Jeden Sonntag nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Bei Schluß der Saison
 habe ich mich ent-
 schlossen, den gesamten
 Vorrat meiner erst-
 klassigen
Mars-Fahrräder
 weit unter dem
 Faktorenpreise zu
 verkaufen.
 Jede Maschine wird mit
 frischen Pneumatik
 besogen. 5425b
Walter Uhlenhut,
 Cranzstrasse 157,
 zwischen Worts- und Oranien-Platz.

Filzhüte für Herren
 neueste Form, 1,50 und 2,00,
 hochfeine Qualität 2,50 und 3,00,
 extra feine 3,50-4,50
 im **Hut-Engros-Lager,**
 Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr.
 Cylindrhüte, Chapeaux clasés und
 Knabenhüte in großer Auswahl.

Große Betten 12 M.
 (Oberb., Niederb., zwei Köfen mit
 gereinigtem neuen Feder-
 kern) 40. Berlin S., Köpen-
 ickerstr. 46. Preisliste kostenlos. Bitte
 Anerkennungsschreiben.

Stenographie.
 Neue Unterrichtskurse
 des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolz“
 in der „Vereinslokalen deutschen
 Stenographie“ beginnen:
 u. im Moab. Klubhaus, Beusselstr. 9.
 Freitag, den 14. September, abends
 8 1/2 Uhr, bei Graps, Annonstr. 16.
Mittwoch, 19. September, abends
 8 1/2 Uhr, bei Glemert, Schulstr. 29.

Ginsegnungs-Anzüge, neueste Favons in blau und schwarz Kamgaru u. Cheviot

Julius Lindenbaum, Große Frankfurter Straße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 5398b

Öffentliche Verwahrung
 der
Chemischen Heilanstalt
 „Vitafer“ G. m. b. H.
 Wegen unfer Sauerstoff-Präparate richtet sich eine
 Verwahrung, die das Königl. Polizei-Präsidium erläßt.
 Bei allem Respekt vor den obrigkeitlichen Verordnungen,
 glauben wir doch, da wir durch eine solche Verwahrung
 der Öffentlichkeit gegenüber mit unfern Bestrebungen
 in ein ganz falsches Licht gerückt werden, dagegen Ver-
 wahrung einlegen zu müssen.
 Das politische Verbot spricht davon, daß unfer Prä-
 parate untersucht worden seien und daß sich bei dieser
 Untersuchung kein Sauerstoff gefunden habe.
 Wir meinen nun, daß zu solchen Untersuchungen
 billigerweise die Erfinder neuer Präparate, in unfern
 Falle also **Dr. Oppermann**, der selber Chemiker
 ist, hinzugezogen werden müßten, um so dem Zweck,
 die Wahrheit zu erforschen, am besten zu dienen.

Herr Dr. Oppermann hätte dann nämlich, wenn er
 hinzugezogen worden wäre, in der That bad Vorhanden-
 sein von Magnesiumsuperoxyd beim Sauerstoffreicherden
 Magnesium Verbindungen (und darum handelt es sich
 in erster Reihe) nachweisen können, wie er es jeder Zeit
 nachweisen kann und wie er es i. S. vor der Einführung
 seiner Präparate auf dem Kaiserl. Patentamt nachwies,
 als die Patentierung seiner Sauerstoff-Präparate in
 Rede stand.
 Bekanntlich sind sie patentiert worden - und zwar
 als **Magnesiumsuperoxyd** (D. R. P. 107 231) als
 vollständig unschädliches Antiseptikum.
 Auch dem Vater ist es klar, daß die Art, wie die
 betreffenden Stoffe „gebunden“ werden, stets ein ge-
 wisser Gehalt des Erfinders solcher neuen Präparate
 ist; trägt sich darin doch oft eine langjährige Arbeit
 aus. Herr Dr. Oppermann steht nun aber jetzt
 nicht mehr auf dem Standpunkt ein „Geheimnis“ zu
 wahren, sondern ist in der Lage, jedem wirklichen
 Fachmann den Beweis zu liefern, daß diejenigen
 Chemiker sich irren, welche überhaupt einen Uebelstand
 von Sauerstoff in seinen Präparaten anerkennen.
 Unter diesem Gesichtspunkt haben wir auch
 das Königl. Polizei-Präsidium ersucht, und

Gelegenheit zu geben, in Gegenwart eines Ge-
 reichten unfer obigen Behauptungen zu erörtern.
 Wir erachten es als unfer ernste Aufgabe,
 alles daran zu setzen, zu unfern Recht zu
 gelangen, um in der Öffentlichkeit nicht als
 „Kurzweiliger“ gebrandmarkt zu bleiben.
 Unfer Sauerstoff-Präparate sind keine Geheim-
 mittel in jenem vollen Sinne, der ihre Anwendung des
 öffentlichen Gesundheits-Interesses nötig macht.
 Unfer Präparate beruhen vielmehr auf wissenschaft-
 lichen Forschungen, zum Zwecke und auch mit dem
 freudlichen Resultat, Geunden und Kranken eine rationelle
 Ernährung beim Lebenskampf zu schaffen - sie sind
 bis jetzt noch keinem schädlich gewesen, aber sehr
 vielen nützlich. Nützlich als manne Mittel der
 sogenannten „offiziellen“ Medizin, der es kein Einseitiger
 zum Vorwurf macht, wenn nicht alle ihre Mittelchen
 allen ihren Patienten helfen.
 Für und sprechen die Thatsachen - gegen die
 Vorurteile einzelner Uebelwöller, die uns unfer Er-
 folge neiden - Wir können auf eine stattliche Reihe
 solcher Beweise hinweisen, die vorher „unheilbar“
 waren, und einem neuen Heilverfahren wird in be-
 tauntlich die Arbeit infolern schwer gemacht, als zumehr

diejenigen, die vorher vergeblich in „künstlicher“ oder
 „privilegierter“ Weise behandelt wurden, sich einer neuen
 Heilmethode zuwenden. - In der beregten Verwahrung
 nun ist auch besonders betont, daß Dr. Oppermann
 nicht Arzt sei. Wir haben dies niemals und nirgends
 behauptet, wählten auch nicht, inwiefern bei einer rein
 chemischen Entdeckung die Qualität eines Arztes die
 eines erfahrenen Chemikers (und das ist Dr. Oppermann)
 übertrifft sollte.
 Uebrigens wollen wir nicht verhehlen, darauf auf-
 merksam zu machen, daß unfer Heilanstalt unter der
 Leitung von drei approbierten Ärzten steht.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Schankgeschäft verkauft Erdmann, Hochstraße 7. 761*
Cigarrengeschäft, kleine Wohnung, Umstände halber jetzt oder später veräußert. Kaufinteressent
 Bulow, Stallgerstraße 141. 2871b*
Widwagengeschäft veräußert. Zu er-
 fragen Frankfurterstraße 51, Bäderstr. *
Wohnung, 1 1/2 Zimmern, an zwei
 Straßenfronten, 10 Minuten vom
 Bahnhof, verkauft sehr billig.
 Voerd, Eigentümers, Bepentstr. bei
 Bernau. 2848b
Vorjährige elegante Herren-
 paletots und Anzüge aus feinsten
 Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
 abend und Sonntag. Verbandshaus
 Germania, Unter den Linden 21 II.
Wardinen aus Grobe Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 2816b
Wardinen-Specialgeschäft, Blumen-
 strasse 8. Anerkannt vorzügliche Ein-
 kaufsbureau für Wardinen, Stores,
 Mouton, Tüllbetts und Schmuck-
 beden. 3172*
Betten, Steppdecken, spottbillig
 Leidsdau Reanderstraße 6. 2818b
Reinigungsarbeiten, goldene, Negu-
 latoren, spottbillig Leidsdau Reander-
 strasse 6. 33/6*
Teppiche, Wardinen, spottbillig
 Leidsdau Reanderstraße 6. 2818b
Teppiche mit Gardensehern,
 Fadensidderlage Grobe Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 2818b
Wäbelerverkauf zu soliden Preisen,
 auch Teilzahlung. Römer, Seebastian-
 strasse 61. 2705b
Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft,
 wie neu, spottbillig veräußert. Joffener-
 strasse 38, I. rechts. 2872*
Wäbelerverkauf. Kleiderpinden,
 Bettlöss, Tische, Spiegel, Bettstellen,
 Sofas, Küchensidder billig. Seebastian-
 strasse 70, I. 3082*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft
 (neue) umgangshalber spottbillig. Garten-
 strasse 32a, vorn I links. 7141*
Umzugshalber sehr billig. Wäbeler-
 strasse 28, Wäbelerpind, Schlafsofa,
 Badewanne 5, Steppdeck, Drehsessel,
 Guldenerbureau, mahagoni Wasch-
 toilette 10, Wäbelerpind 20, Tisch-
 sofa, Ankaufstrasse 20, Baden. 3072*
Schlafsofa, reell gearbeitet, räu-
 mungshalber spottbillig. Stadtschreiber-
 strasse 43, Baden. 2855b*
Nähmaschinen ohne Anzahlung,
 Wäbeler 1 Mark. Nähmaschinen-Geschäft
 Wäbeler, Köpferstrasse 94, nahe
 Derruanplatz. 2797b*
Zingermaschinen, Bobbinenma-
 schinen, Wäbelermaschinen, Schneid-
 maschinen, auch rüchertisch, ohne An-
 zahlung, 1/10 wöchentlich, Lieferung
 sofort. Fechner, Duffenstraße 26. *
Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
 auch rüchertisch, ohne An-
 zahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte.
 Vandsberger, Vandsbergerstraße 35,
 fein Baden. 7129*
Wäbeler! Sparsysteme. Zwei-
 fach 6.-, Dreifach 10.-. Wäbeler-
 strasse 9, Schneider-Wäbelerapparate billig.
 Goldbeizstr. 7.-. Wäbeler, Wäbeler-
 strasse 32. 2856b*
Wäbeler! Blutbildend, für
 Blutarme, Brustkrank, Schwächliche,
 Gemüthsstimmung, bessere Gesicht-
 farbe, überraschend. 14 Flaschen
 3 Mark, 1/10 Tonne 3,00 erhaltene.
 Richt Glasdengast, Qualität ent-
 scheidet. Vorkaufstrasse Köpfer
 Brunnenstraße 152. 66/1
Wäbeler! mögenstärker,
 reicher, reicher Specialliquor, große
 Champagnerflasche inklusive 1,25 M.;
 alleiniger Fabrikant Jgma Sella.
 Behr, billige Bezugsbureau für Weine
 und Spirituosen; alter Nordhäuser
 Bitter 50 Pfennig; alter Nordhäuser
 Bitter 110 (neben Straßenbahnstop).
 Billale: Romanianer 37. 2862*

Töpferschleifsteine in großer Aus-
 wahl wieder vorräthig. Franz Koch-
 folger Neundorf, Vandsbergerstraße 1
 Ecke Friedenstraße. 2873b*
Edelsteinen, alles gangbares
 Geschäft, Sie verschiedene Vereine
 und Schmuckstücke, ist zu verkaufen.
 Näheres im Lokal von King, Unter-
 balle, Berlin O., Friedrichstrasse 11. *
Betten, neues, prachtvolles, Ge-
 legenheit, 23 Mark, Köpferstr. 78 I.
 rechts. 2074b*
Destillation, altbekannte, nahe
 Vandsbergerstraße, preiswert abzu-
 geben. Kaufstr. Lemme, Fähr-
 waldstraße 3. 34/2
Gebrauchtes Rad billig veräußert.
 Köpfer, Stutgerter Platz 4,
 Restaurant. 2866b

Vermischte Anzeigen.
Gelehrte, Jasson, Alte
 Jakobstraße 24. Neuer Abendkursus
 zur Ausbildung zum Gelehrten
 beginnt 20. September. Monatlich
 6 Mark. Vorkenntnisse nicht erforder-
 lich. Anmeldung persönlich. 2844b
Wiedergabe erteilt Gnadt, Köpfer-
 strasse 41. 770*
Rechtsbureau, Rat, Schriftführer,
 Brunnenstraße 173. 770*
Rechtsbureau Andreasstraße 63
 (Concordia). Gewissenhafter Rechts-
 beistand. 2862b*
Violin, Klavier, Bilon, Gesa-
 Unterriecht, monatlich 4 Mark, Oranien-
 strasse 118.
Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
 ten. Feinbinder Kleinert, W. Köpfer-
 strasse 56, 2. Hof parterre. 2867b
Wäbelerzimmer frei. Vabewitz,
 Romanianenstraße 65. 2832*
Wäbelerzimmer entspricht vier
 Alte Jakobstraße 119. 2882*
Saal und Wäbelerzimmer entspricht
 Jannasch, Julestrasse 10. 2062*

Arbeitsmarkt.
Stollengesuche.
Glieder Stahlrichter bitten um
 Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
 dieelben werden abgeholt und zurück-
 geliefert. Gläser, Mulackstraße 27. *
Stellenangebote.
Farbige, 24 bis 30 Mark
 Lohn, verlangt K. Koop, Stallger-
 strasse 58. 33/19*
Wäbeler, gewandt und zu-
 verlässig zur selbständigen Leitung
 einer alten Kartonfabrik gesucht.
 Offerten unter „R. F. 6“ Haupt-
 postamt. 1277*
Einleier verlangt K. Köpfer,
 Andreasstraße 66, Büchlerstraße 1. 2806b
Kaufmann, Lehrling verlangt
 Köpfer, Stallgerstraße 125. 2846b*
Klempnerlehrling verlangt Köpfer,
 Oppenstraße 48. 3152*
Gärtner verlangt Gund, Vanden-
 strasse 5. 2864b
Schneider oder Schneidern für
 bessere Arbeiter für den hohen Lohn
 gesucht. Wäbeler mit Bodenarbeit
 am Sonnabend zwischen 10 und 12
 Uhr u. Bergmann, Romanstr. 53.
Tüchtige, erhaltene Klinkermeister,
 Meister (neben Baumstr. u. Bogel,
 Krausenstraße 42/43. 2880b
Goldarbeiter, tüchtig auf Repar-
 aturen gesucht, Goldwarenfabrik,
 Seebastianstraße 57/58. 2879b
Tüchtige Holzwergolder ver-
 langt Feiler, Dortheustraße 80.
Farbige verlangt K. Köpfer,
 Köpferstraße 21. 770
Öffentliche Arbeitsbureau, sechs-
 zehn Jahre, für dauernd gesucht.
 Goldschmiedfabrik Regnystraße 15.